bpb: magazin #29

November 2026

Vertrauen | Politik als Lieferdienst? | Töchter von NSU-Opfern erinnern sich | 50 Jahre Beutelsbacher Konsens | Wirtschaftliche Entwicklung in Ost und West | Jüdisches Leben in Deutschland | Demokratievertrauen auf dem Land



Politische Bildung ist

#NICHT NEUTRAL

#NichtNeutral – 50 Jahre Beutelsbacher Konsens
Eine Kampagne für Demokratie, Menschenrechte
und politische Teilhabe auf den Social-Media-Kanälen
der Zentralen für politische Bildung

zpb
Zentralen für
politische Bildung

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Landtagswahlen haben es einmal mehr gezeigt: Das Vertrauen in Politik und Parteien steht auf dem Prüfstand. Dabei beruht unser demokratischer Verfassungsstaat auf dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, dass Institutionen und Verfahren verlässlich sind, gewählte Vertreterinnen und Vertreter zu ihrem Wort stehen und Entscheidungen im Sinne des Allgemeinwohls treffen. Dieses Vertrauen muss immer wieder neu gewonnen werden.

Die Beiträge in diesem bpb:magazin nähern sich dem Thema aus unterschiedlichen Richtungen. Sie beleuchten, wie es um das Vertrauen in das wirtschaftliche und soziale System steht, wie es gesellschaftlich unter Druck gerät und wo politische Bildung ansetzen kann, um es zu stärken.

Die Politikwissenschaftlerin Julia Reuschenbach befasst sich mit der häufig geäußerten Erwartung, die Politik müsse einfach nur »liefern«, damit Zustimmung zurückkehrt. Unsere »Zahlen und Fakten« knüpfen daran an: Wie zufrieden sind die Menschen mit der Demokratie und ihren Institutionen? Im Interview sprechen Semiya Şimşek und Gamze Kubaşık, deren Väter vom rechtsextremen NSU ermordet wurden, über ihre Erfahrungen mit Behörden und Justiz.

Eine weitere Herausforderung für das Vertrauen in die Demokratie stellt zunehmender Antisemitismus dar. Unsere Fotostrecke zeigt den vielfältigen Alltag jüdischen Lebens in Deutschland, der von Anfeindungen und Anschlägen bedroht ist.

Im November 2026 steht zudem ein besonderes Ereignis an: Der Beutelsbacher Konsens feiert seinen 50. Geburtstag. Neben der großen Social-Media-Kampagne #NichtNeutral, einer gemeinsamen Initiative der bpb und der Landeszentralen für politische Bildung, schauen wir daher auch im Heft auf die heutige Bedeutung der Konsensformel.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihr Volker Ullrich,
Vizepräsident der bpb

#29

November 2026

Vertrauen in die Demokratie Zahlen und Fakten	**04**
Politik als Lieferdienst? Eine Analyse der Politikwissenschaftlerin Julia Reuschenbach	**06**
»Unser Schmerz ist unsere Kraft« Interview mit Semiya Şimşek und Gamze Kubaşık zur Ermordung ihrer Väter durch den rechtsextremen NSU	**12**
Unumstritten kontrovers: 50 Jahre Beutelsbacher Konsens	**16**
Wie steht's um die deutsche Einheit? Wirtschaftliche Entwicklungen in Ost und West	**22**
Informiert oder manipuliert? Machen Sie den Newstest!	**26**
Jüdisches Leben in Deutschland Fotostrecke	**28**
Demokratievertrauen auf dem Land Podcast »Ortsgespräche«	**34**
Aus der Praxis Fünf Träger der politischen Bildung berichten über ihre Arbeit	**38**

Serviceteil

Veranstaltungen	**42**
Online-Angebote	**44**
Publikationen	**46**
Schreiben Sie uns / Impressum	**50**

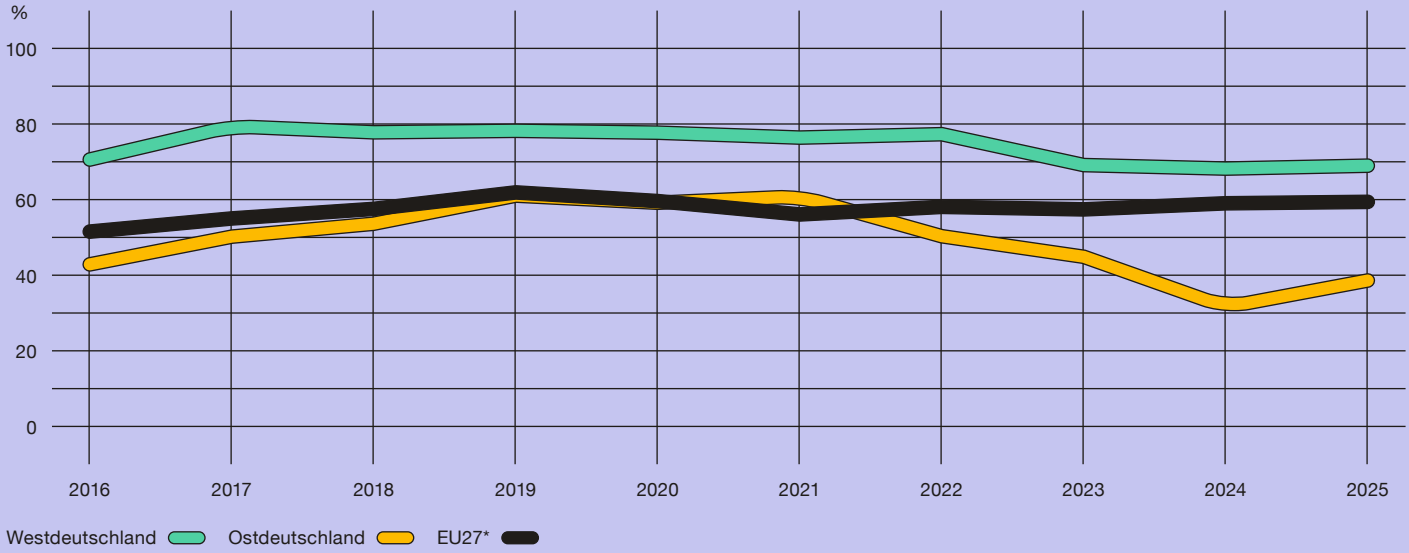
Vertrauen in.

Es ist eine stille Voraussetzung der Demokratie: Vertrauen zeigt sich selten direkt, prägt aber, wie wir beispielsweise auf Wahlen, Institutionen und andere Menschen blicken. Eine Bestandsaufnahme in Zahlen.

… die Demokratie

Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land 2016–2025 [1]

in Prozent der Befragten



* UK (inkl. Nordirland) ist bis einschließlich 2016 in der Gruppe EU27 / Kroatien ist seit 2017 in der Gruppe EU27.

… demokratische Wahlen

18,2 %

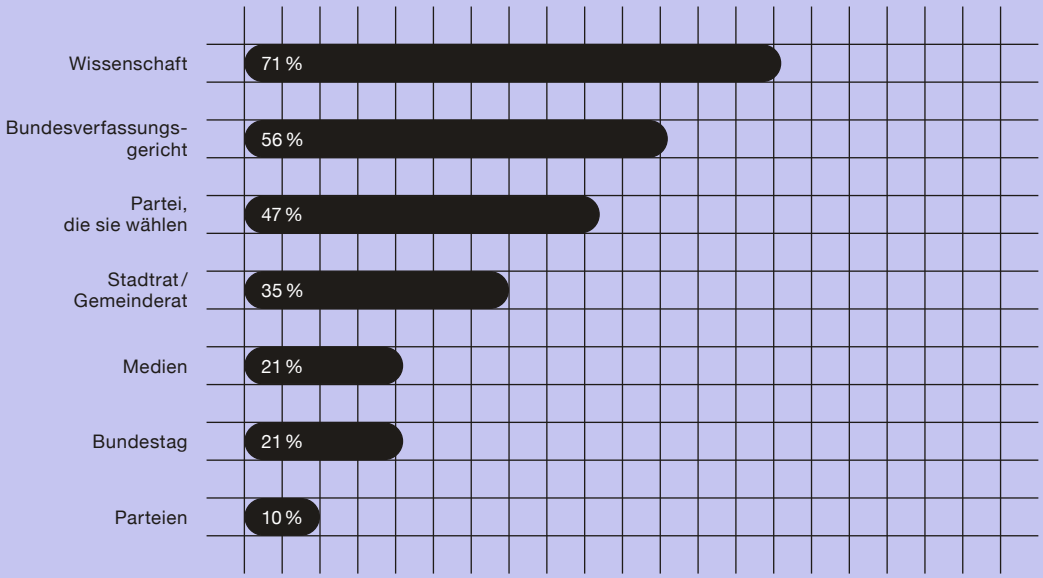
der in Deutschland Befragten haben (2024/25) ***kein Vertrauen in demokratische Wahlen*****. Das sind dreimal so viele wie vier Jahre zuvor.** [2]

Quellen:
1 – Europäische Kommission, Eurobarometer, Frühjahrserhebungen (2016–2025); eigene Auswertung | 2 – Andreas Zick/Beate Küpper/Nico Mokros/Marco Eden (Hg.): Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25 (»Mitte-Studie« der Friedrich-Ebert-Stiftung 2024/25) | 3 – Körber Stiftung (2025): Umfrage Demokratie in der Krise 2025 | 4 – IPSOS Institut (2026): Vertrauenskrise | 5 – Pew Research Center (2025): Views of children's financial future

… Institutionen

Großes bis sehr großes Vertrauen in:[3]

in Prozent der Befragten



… andere Menschen

Kann man den meisten Menschen vertrauen?[4]

JA 21 %

NEIN 46 %

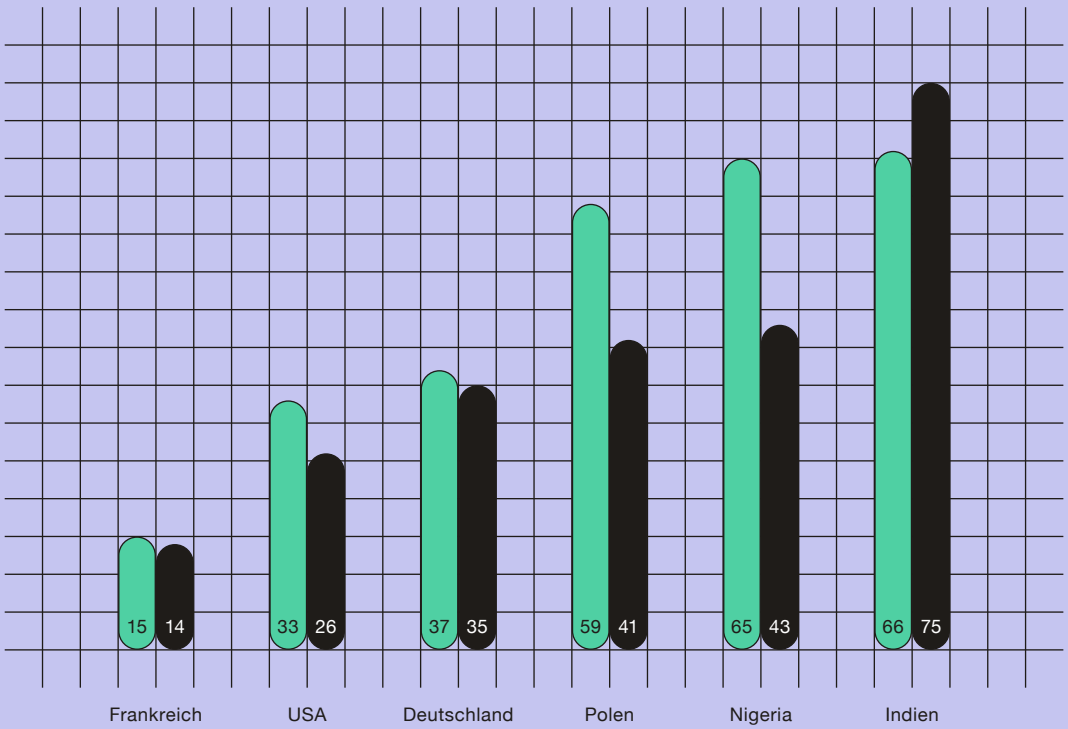
Im Umgang mit anderen Menschen kann man nicht vorsichtig genug sein.

… eine bessere Zukunft

Glauben Sie, die Kinder in Ihrem Land werden es finanziell besser haben als ihre Eltern?[5]

Antworten mit »Ja«, in Prozent

2018 2024



Einmal *Vertrauen* – zum Mitnehmen, bitte!

Wenn »die Politik« endlich »liefert«, kehrt das Vertrauen in die Demokratie zurück. Diese Vorstellung ist weit verbreitet. Doch Bürgerinnen und Bürger sind mehr als Kunden: Sie wollen gehört werden und sich repräsentiert fühlen.

→ *Text* **Julia Reuschenbach**



Stellen wir uns vor, wir wollten online eine Pizza bestellen. In näherer Umgebung gibt es vier potenzielle Restaurants mit Lieferservice. Nach welchen Kriterien würden wir uns für eines der Lokale entscheiden? Nach der prognostizierten Lieferzeit? Wahrscheinlich dann, wenn wir sehr hungrig sind. Nach den Bewertungen des Restaurants? Vielleicht, wenn wir genügend Zeit haben und sichergehen möchten, dass wir eine besonders gute Pizza bekommen. Oder nach der Entfernung des Lokals? Womöglich, wenn wir schon einmal die Erfahrung gemacht haben, dass selbst die beste Pizza kalt nicht besonders gut schmeckt. Und würden wir nicht am liebsten alle drei Kategorien bei unserer Entscheidung berücksichtigen? Und: Würden wir, wenn die Pizza einmal super war, immer wieder dort bestellen oder auch mal einen anderen Lieferdienst ausprobieren?

Wie ist das in der Politik? Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer sagte im April 2025: »Ein politisches System, das nicht liefert, ist nicht attraktiv. Unsere Demokratie legitimiert sich für die meisten Menschen aus den Ergebnissen, die die Politik liefert. Deshalb müssen Dinge verändert werden, die für die Menschen direkt im Alltag spürbar sind. Dazu zählt beispielsweise der Abbau von Bürokratie. Es braucht vernünftige Lösungen, weniger Regularien und dafür mehr Freiheit.« Mit dieser Feststellung steht Kretschmer nicht alleine da. In kaum einem Punkt konnte man in den vergangenen Jahren so viel Einigkeit im öffentlichen Diskurs beobachten wie hinsichtlich der Forderung, dass »die Politik« jetzt »liefern« müsse. Dadurch sei es möglich, Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen, nachdem zahlreiche demoskopische Daten in den vergangenen Jahren sinkendes Vertrauen in das Funktionieren und die Verfahren der Demokratie sowie insbesondere in die Parteien und deren Fähigkeit zur Problemlösung ausgewiesen hatten.

Die Frage ist: Was muss Politik liefern, um Vertrauen zurückzugewinnen? Und wie kann das in einer Gesellschaft mit knapp 84 Millionen Menschen so erfolgen, dass möglichst viele (oder am besten alle) zufrieden sind? Was ist überhaupt das Ziel dieses viel beschworenen »Lieferns«? Geht es tatsächlich um die Rückgewinnung von Vertrauen oder nicht vielmehr darum, erstarkendem Rechtspopulismus und Rechtsextremismus etwas entgegenzusetzen? Oder um Wirtschaftswachstum? Oder womöglich um alles gleichermaßen, wobei die Priorisierung davon abhängt, mit wem aus der Gruppe der »Liefernden« man spricht? Und was sagt es aus, wenn im aktuellen »Refrain der politischen Mitte«, wie der Journalist Robert Pausch es nannte, außer der Idee des »Lieferns« nichts in den Ohren vieler erklingt?

Die Sache ist kompliziert – Grund genug, einen genaueren Blick auf die Frage zu werfen, inwieweit »Deliverism« als politisches Konzept taugt und welche Probleme mit dem Ansatz und dem ihm zugrunde liegenden Politikverständnis verbunden sind. Der Begriff beschreibt einen Regierungsansatz, der sich auf die sichtbare Umsetzung von Strategien zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen konzentriert und dabei eine enge Verbindung zwischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und der politischen Loyalität von Wählerinnen und Wählern herstellt.

Komplexe Lieferketten

Die Politikwissenschaft beschäftigt sich schon seit Langem mit der Frage, welche Erwartungen Menschen an politische Systeme haben. Dabei werden nach der grundlegenden Systemtheorie von David Easton verschiedene Dimensionen unterschieden: »Input«, »Throughput« und »Output«.

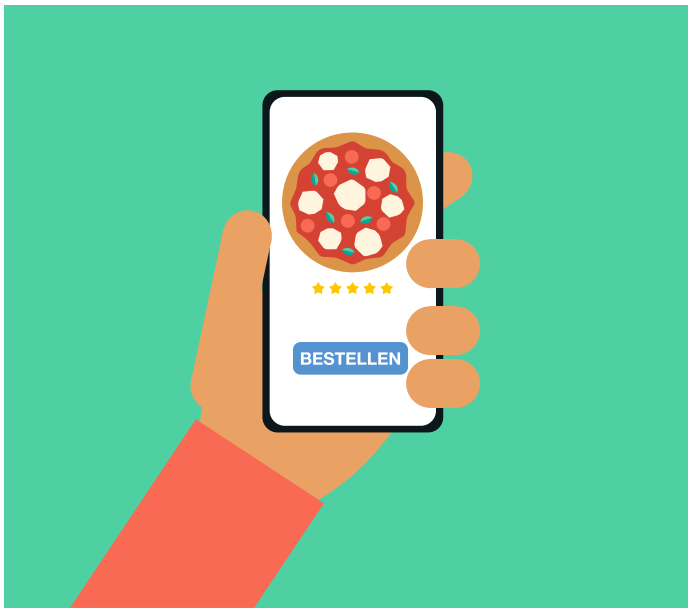
Auf der Input-Seite fragen wir, wie Positionen und Themen aus der Bevölkerung in den politischen Prozess einfließen. Es geht also um Repräsentationsfragen, politische Beteiligungsmöglichkeiten und die Responsivität des politischen Systems. Die Throughput-Dimension betrachtet die Arbeitsweisen des politischen Systems: Wie werden Prioritäten gesetzt, wie wird Arbeit verteilt, wie entscheidungsfähig ist die Politik und wie effektiv setzt sie Ressourcen ein? Die Output-Ebene betrifft die Ergebnisse von Politik: Gesetze, Richtlinien, Verordnungen, Entscheidungen im weiteren Sinne und die mit ihnen verbundenen Ziele, etwa die Sicherung von Wohlstand, Lebensqualität und Sicherheit. Die Reaktionen auf den Output des Systems wirken in einem Feedback-Prozess wieder auf die Input-Seite ein. In allen drei Dimensionen formulieren Menschen Erwartungen an das politische System.

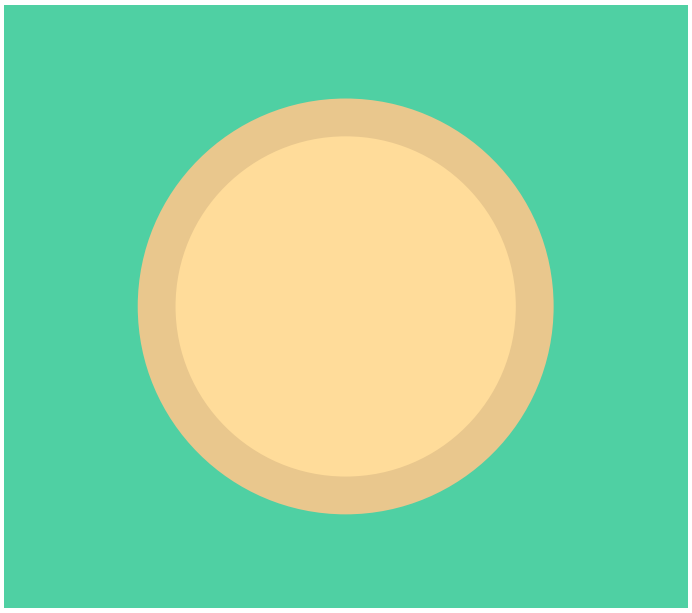
Deliverism fokussiert auf den Output des Systems und offenbart damit gleich mehrere Schwachstellen. Input und Throughput bleiben weitgehend außer Acht. Mit Blick auf die Output-Dimension kommt es zudem häufig zu Verwechslungen von Output und Outcome: hier die von der Politik formulierten Gesetze, Regelungen und Maßnahmen – dort die tatsächlichen Veränderungen im Leben und Alltag der Menschen. Die Bewertung erfolgt dabei meist anhand von Indikatoren wie dem Bruttoinlandsprodukt, wobei die konkrete Wirkung im Alltag oft nicht berücksichtigt wird. Wie sehr dies ins Gewicht fällt, zeigte sich im US-Wahlkampf: Entscheidend war der Preis von Eiern im Supermarkt – nicht die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

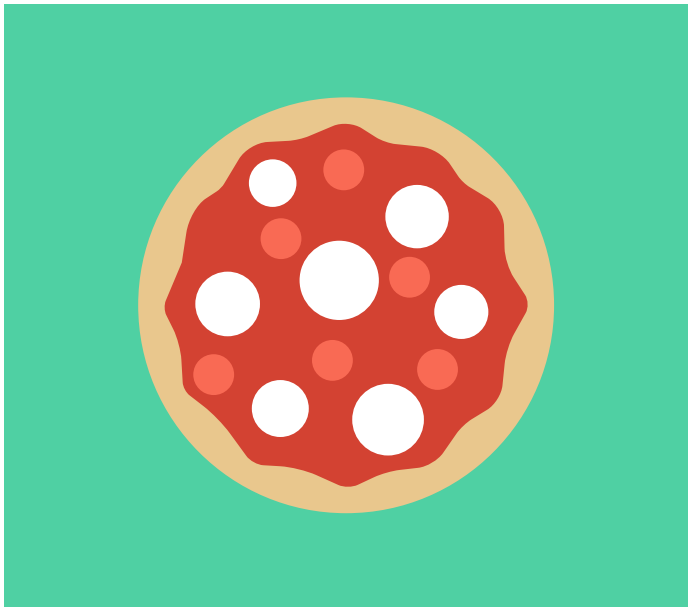
Die Studie *Wie wir wirklich leben* aus dem Jahr 2025, die das Institut der Deutschen Wirtschaft durchgeführt hat, bestätigt diesen Aspekt auch für Deutschland und unterstreicht den Zusammenhang zwischen der subjektiven Einschätzung der Leistungsfähigkeit des politischen Systems und dem Vertrauen in dieses. Die Autorinnen und Autoren kamen dabei zu dem Ergebnis, dass eine Konzentration auf den Output allein unzureichend ist und dass Unzufriedenheit vor allem mit Blick auf Repräsentation, Zugehörigkeit sowie das Gefühl, gehört zu werden und sich beteiligen zu können, bekämpft werden kann.

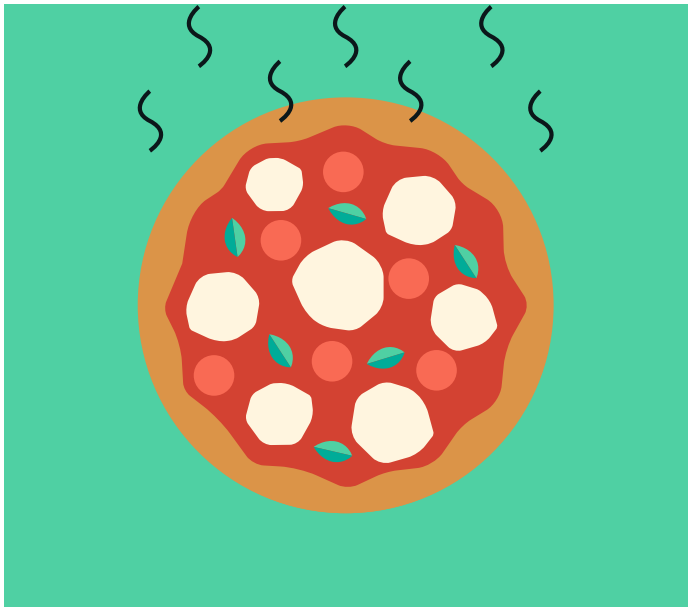
Eine Konzentration auf Deliverism offenbart nicht zuletzt ein problematisches Menschenbild. Der Journalist Bernd Ulrich beschreibt es wie folgt: »Die Gesellschaft besteht aus Individuen, die in allererster Linie auf ihren persönlichen, meist materiell codierten Vorteil fixiert sind. Alles andere, Werte, Demokratie, Gemeinsinn, Patriotismus, kommt erst nach dem materiellen Nutzen.« Der Mensch als »Rational-Choice-Maschine«, immer auf der Suche nach dem maximalen materiellen Profit, bereitwillig, jene zu unterstützen, die ihm diesen ermöglichen. Klar ist: Materielle Sicherheit zählt für Menschen viel, sehr viel. Auch für diejenigen, die bereits viel haben. Ulrich betont weiter, dass die Fokussierung der Politik aufs Materielle den beschriebenen Egoismus noch verstärkt habe. Dabei sei nicht nur dies allein problematisch, sondern auch die Tatsache, dass andere Dinge aus dem Blickfeld gerieten: »Identität, Ehre, Kränkung, Anerkennung, Aufmerksamkeit.«

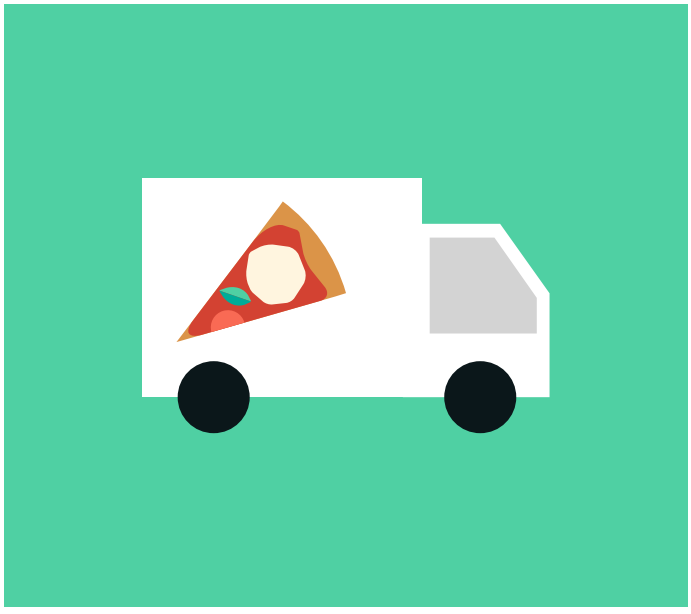
Einen weiteren Aspekt bringt der Zeithistoriker Lukas Schmelter ein, der konstatiert, dass es Regierungen der politischen Mitte häufig schwerfalle, eine emotionale Bindung zu Bürgerinnen und Bürgern herzustellen. Eine Lücke, die von populistischen Kräften ausgefüllt wird. Sie adressieren die Unzufriedenheit, Ängste und Befürchtungen der Menschen auf hochemotionale Weise, machen diese sichtbar, externalisieren die Verantwortung an Dritte und vermitteln Anerkennung, Gemeinschaft und Zugehörigkeit – auch wenn ihre politischen Angebote in der Realität keine Verbesserung bedeuten würden. In seinem jüngsten Buch beschreibt der Soziologe Aladin El-Mafaalani, wie aus diesem Gefühl »Misstrauensgemeinschaften« entstehen, in denen das gemeinsam geteilte Misstrauen Menschen miteinander verbindet.

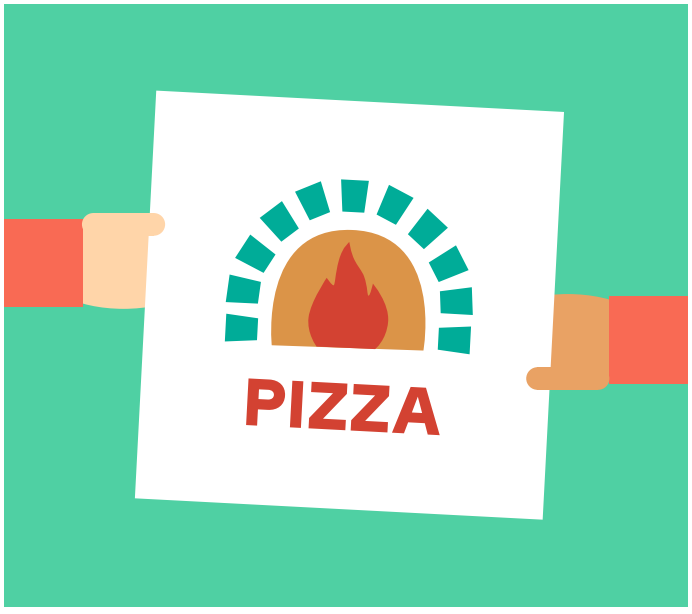

BESTELLEN

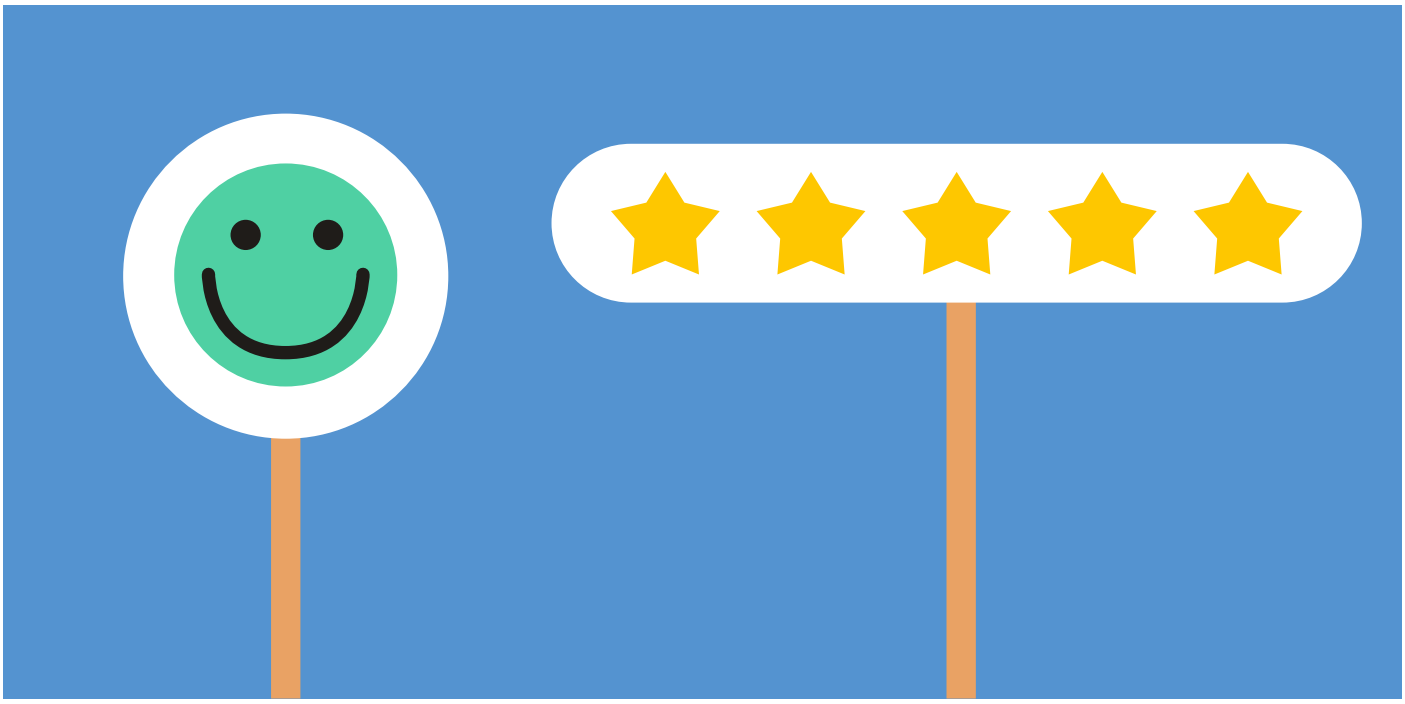









PIZZA



»Bitte liefern – jetzt!«

Die Komplexität des Themas macht auch vor den zur Lieferung aufgeforderten Politikerinnen und Politikern nicht halt. So äußerte sich beispielsweise die amtierende Bundesministerin für Bildung, Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Karin Prien (CDU), 2025 in einem Interview: »Die Erwartungen an die Politik sind so riesig, dass man sie kaum erfüllen kann, aber ehrlicherweise muss man sagen: Die Politik hat selbst zu dieser Erwartungshaltung beigetragen.«

Der Soziologe Steffen Mau spricht deshalb von einer »Einforderungsdemokratie«, in der die Politik zu einem Dienstleister degradiert werde. Und dieses Bild lässt sich lebensweltlich füllen – zurück zur Pizzabestellung: Interessieren wir uns für die Lieferantinnen und Lieferanten, die uns die Pizza bringen? Fragen wir nach deren Motiven, Arbeitsbedingungen und Abläufen? Oder sind wir vorrangig damit beschäftigt, unseren Unmut über Verspätungen, fehlende oder falsche Zutaten unwirsch und lauthals zu artikulieren und schlechte Bewertungen zu vergeben? Und umgekehrt: Wenn Lieferdienste Bewertungen abfragen, etwa Erscheinungsbild des Essens, Qualität und Klimafreundlichkeit der Lieferverpackung, Lieferzeit, Freundlichkeit des Personals und vieles mehr, dann wollen sie – so heißt es gerne – womöglich damit »noch besser« werden. Das trägt jedoch dazu bei, dass unsere Ansprüche steigen. Evaluation und Feedback sind – von der Pizzabestellung bis zu politischen Entscheidungen – wertvolle Instrumente, wenn sie klug und reflektiert eingesetzt werden. In der Demokratie verkennt diese Herangehensweise jedoch, dass Bürger nicht schlicht Konsumenten sind. »Der Staat, das sind wir alle, jeder Einzelne und alle zusammen als Gemeinschaft. Jede Forderung an den Staat richtet sich also zugleich an jeden Einzelnen, auch an denjenigen, der eine solche Forderung erhebt«, ließ Bundeskanzler Friedrich Merz in seiner ersten Regierungserklärung im Mai 2025 im Deutschen Bundestag die Menschen – nicht ganz zu Unrecht – wissen.

Das Lieferbusiness ist komplizierter geworden

Wie auch Kirchen und Gewerkschaften verlieren Parteien ihre Bindungskräfte in der Bevölkerung. Früher versammelten sich breite Milieus mit viel Pragmatismus hinter politischen Entscheidungen – mal mehr, mal weniger von deren Richtigkeit überzeugt. Heute haben die Individualisierung der Gesellschaft und der Medienwandel der vergangenen Jahre diese Idee weitgehend obsolet werden lassen. Im stürmischen Ozean von Komplexität, Krisen und Konflikten sind Inseln pragmatischer Einigkeit selten geworden.

Gerade in der Übertragung von Politikinhalten in das politische Denken und Handeln der Bürgerinnen und Bürger kommt der medialen Berichterstattung eine große Verantwortung zu. Wenn sich diese zu oft darin erschöpft, herauszustellen, dass es um Erfolge und Misserfolge einzelner Personen geht, bleibt auf der Strecke, welche Auswirkungen einzelne politische Outputs – vom Gebäudeenergiegesetz über das Verbrenner-Aus bis zur Krankenhausreform – auf die Menschen haben. Aktuell machen sich überwältigende Mehrheiten in Deutschland über genau diese Dinge Sorgen.

Neue Geschäftsgrundlage

Politik darf und sollte sich nicht darauf verlassen, dass allein materielle Outputs ausreichen, um Vertrauen zurückzugewinnen, autoritäre Einstellungen einzuhegen oder Menschen zu Verhaltensänderungen zu bewegen – sei es in Bezug auf das Wahlverhalten oder im Hinblick auf das alltägliche Handeln, etwa mit Blick auf den Klimaschutz.

Womöglich liegt ein kleiner Teil der Zukunft des Lieferns als politische Strategie in dieser Perspektive: Politik bestmöglich datenbasiert zu gestalten, konkrete Ziele zu formulieren und diese mit messbaren Indikatoren zu versehen. Dabei geht es jedoch nicht um große Reformvorhaben oder gleich um die gesamte Staatsmodernisierung, sondern um kleine Taskforces mit großer Wirkmächtigkeit, die konkrete Ziele priorisieren und ressortübergreifend verfolgen. Die subjektive Perspektive auf die Leistungsbilanz darf nicht unter Pressekonferenzen zu erfreulichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen und objektiven Kennzahlen untergehen – wenngleich diese natürlich auch wichtig sind. Sie brauchen jedoch eine lebensweltliche Übersetzung in die Alltagserfahrung der Menschen.

Die Politikwissenschaftler Marcel Schepp und Felipe Hinrichsen nennen als messbare Outcomes zur konkreten Verbesserung der Lebenssituation von Menschen etwa einen Rückgang von Kriminalität, kürzere Wartezeiten beim Arzt oder eine sinkende Kindersterblichkeit. Für eine progressive, bürgerliche und konservative Politik bedeutet dies, dass die »Brot- und Butter-Themen« ebenso Beachtung finden müssen wie die großen Fragen gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen. Zugleich braucht es aber auch mehr Raum für Zweifel, Sorgen und Befürchtungen bei kulturellen und gesellschaftspolitischen Fragen, um Unzufriedenheiten und Gefühle als real vorhanden anzuerkennen.

Daneben braucht die Idee des Lieferns aber vor allem eine Neudefinition ihrer Geschäftsgrundlage. Sie benötigt eine neue Erzählung, die sie mit der Rolle des Einzelnen in der Demokratie verknüpft. Wer eine Lieferung erhofft, muss sich für die Lieferkette interessieren und sich aktiv in den bisweilen langen Lieferprozess einbringen. Die Politik ist einmal mehr aufgefordert, hierfür bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Aber, um im Bild des Bundeskanzlers zu bleiben: Jede Klage über zunehmenden Egoismus, abnehmende Empathie, Verrohung und fehlende Kompromissfähigkeit ist auch eine Aufforderung an jede und jeden Einzelnen in der Gemeinschaft. Schreiben wir Abgeordneten Briefe oder E-Mails, wenn etwas gut gelaufen ist? Fragen wir nach, ob wir bei der Lieferung mit anpacken oder anderweitig unterstützen können?

Politik sollte sich zudem die große Klage über fehlende Planungssicherheit zu Herzen nehmen. Politische Entscheidungen können niemals eine Ewigkeitsgarantie erhalten. Politik braucht Spielräume und muss justieren können. In einer gefühlt ohne jede Ordnung bestehenden Welt sind Verlässlichkeit und Stabilität wichtige Ressourcen. Bei schwerem Seegang muss die Politik ein Leuchtturm zur Orientierung sein: durch Zuhören und genaues Hinhören, durch eine sich kontinuierlich weiterentwickelnde Repräsentation, durch die Übernahme von Verantwortung bei Fehlern sowie durch die Unterstützung des Wiederaufbaus sozialer Institutionen. Wichtig ist dabei, dass diese Institutionen in die Entstehungsprozesse von Politik eingebunden werden und als direkte Verbindung zu den Menschen wirken – statt erst am Ende als Multiplikatoren Ergebnisse zu verbreiten. Zweifelsohne bestünde zudem die Möglichkeit, dem Vorwurf des Technokratentums zu begegnen, wenn Politik weniger über die Mittel (»viel Geld«) und mehr über den Zweck (»ein saniertes Land«, »gesunde Luft« oder Ähnliches) sprechen würde.

Die genannten Punkte zeigen: Politik muss viele Dimensionen gleichzeitig berücksichtigen, und das weit über den Ansatz des Deliverism hinaus. Dafür muss sie Mut beweisen. Zur »Liefervereinbarung« gehört aber auch, dass ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess darüber stattfindet, wie gute Politik honoriert wird – und zwar nicht nur an der Wahlurne, sondern auch durch die Dinge, die aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger maßgebliche Bedeutung haben: Zuhören, Anerkennung und Verständnis.

Der Text ist eine gekürzte und überarbeitete Fassung des Originalbeitrages, der am 6. März 2026 in der APuZ-Ausgabe *Staatsreform* erschienen ist.

Dr. Julia Reuschenbach ist Politikwissenschaftlerin an der Freien Universität Berlin mit dem Schwerpunkt Parteien- und Wahlforschung.



APuZ
Staatsreform
Angesichts schwerfälliger Bürokratie, stagnierender Wirtschaft und knapper öffentlicher Kassen diskutieren die Beiträge in dieser Ausgabe den Ruf nach Reformen in Staat und Verwaltung.
bpb.de/staatsreform-2026

Bestell-Nr. 72611
kostenlos



»Die Schüler Enver liebevolle

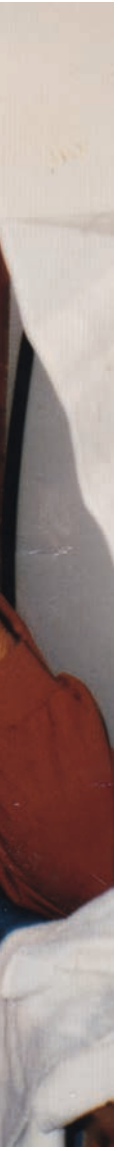


Enver Şimşek mit seiner Tochter Semiya (oben),
Mehmet Kubaşık mit seiner Tochter Gamze (rechts)

wissen nicht, dass Şimşek und Mehmet Kubaşık Familienväter waren«

Die Väter von Semiya Şimşek und Gamze Kubaşık wurden vom rechtsextremen NSU ermordet. In ihrem Buch »Unser Schmerz ist unsere Kraft« erzählen sie, wie sie Verlust und Rassismus verarbeitet haben und wie ihnen ihre Freundschaft dabei half.

→ *Interview* **Andreas Thamm** → *Fotos* **privat**



***fluter.de:* Sie, Frau Şimşek, waren 14 und Sie, Frau Kubaşık, 20 Jahre alt, als Ihre Väter ermordet wurden. Wie geht man als so junger Mensch mit diesem Trauma um?** *Semiya Şimşek:* Meine Mutter hat das in Depressionen gestürzt – bis heute leidet sie darunter. Als älteste Tochter musste ich in dem Moment Verantwortung für sie und meinen jüngeren Bruder, der damals zwölf war, übernehmen. Ich fühlte mich in diese Rolle gedrängt, ich hatte keine Freiheiten mehr, kein normales Teenagerleben. Wenn ich doch mal abends mit Freundinnen unterwegs war, rief meine Mutter ständig an: Wo bleibst du? Sie hatte Angst um mich. Ich selbst hatte auch Angst, ich dachte, vielleicht sind wir die Nächsten. *Gamze Kubaşık:* Meine Geschwister waren damals sechs und 13 Jahre alt, ich habe die Vaterrolle übernommen. Das war schwer, aber ich bin dankbar, dass ich für sie ein Halt war. Ich selbst konnte nur schwer verarbeiten, was geschehen ist. Ich brach meine Ausbildung ab, wurde depressiv, bekam Schlafstörungen und musste viele Medikamente nehmen. Die Ereignisse um den NSU haben mir immer wieder den Boden unter den Füßen weggezogen und es verhindert, dass ich Lebenspläne mache.

Obwohl bis 2006 acht Menschen mit Migrationshintergrund nach ähnlichem Muster ermordet wurden, gingen die Ermittler lange nicht von einem rassistischen Tatmotiv aus, sondern suchten unter anderem nach Verbindungen zur Organisierten Kriminalität. *Semiya Şimşek:* Ich habe damals viele Gerüchte gehört. Zum Beispiel, dass meine Mutter den Mord an meinem Vater mit ihren Brüdern zusammen geplant habe, damit sie seinen Blumengroßhandel für sich hat. *Gamze Kubaşık:* Mein Vater wurde in der Öffentlichkeit als Krimineller dargestellt, als sei er deshalb gestorben. Ich wurde auf der Straße von Menschen verflucht, die meinen Baba nicht einmal kannten. Sie sagten, ich solle genauso verrecken wie die Kinder, die mein Vater mit Drogen vergiftet habe. Das stand so auch in den Medien. Ein Jahr lang war ich nach Vaters Tod nur auf meinem Zimmer. Ich konnte es nicht mehr ertragen,

Am 9. September 2000 wurde Enver Şimşek an seinem Blumenstand in Nürnberg niedergeschossen, zwei Tage später erlag er seinen Verletzungen. Er war das erste Opfer der Mordserie der rechtsextremen Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Am 4. April 2006 ermordete der NSU Mehmet Kubaşık in seinem Kiosk in der Dortmunder Nordstadt. Die Aufdeckung des NSU im November 2011 offenbarte eine neue Dimension des Rechtsterrorismus in Deutschland und ein Versagen von Sicherheitsbehörden.



Enver Şimşek an seinem Blumenstand 1998

wie die Menschen hinter meinem Rücken gesprochen, wie sie die Straßenseite gewechselt haben. *Semiya Şimşek:* Ich habe versucht, dich zu warnen. *Gamze Kubaşık:* Das stimmt, Semiya sagte: Freundinnen werden sich von dir abwenden, Menschen werden euch auf der Straße beleidigen. Alles, was sie prophezeite, habe ich tatsächlich erlebt.

Wie wichtig war Ihre Beziehung zueinander, um diese Zeit zu überstehen? *Semiya Şimşek:* Mein Vater war im Jahr 2000 das erste Opfer des NSU, ich war lange ganz alleine mit diesem Schmerz und konnte außerhalb der Familie mit niemandem richtig darüber sprechen. Als ich Gamze 2006 nach dem Mord an ihrem Vater bei einer Gedenkfeier in Kassel kennenlernte, fühlte ich mich wie in der Zeit zurückgesetzt. Ich wusste, was sie durchmachen würde, und habe ihr angeboten, für sie da zu sein, wenn sie reden möchte. Von da an haben wir regelmäßig miteinander telefoniert. Wir haben uns beieinander aufgehoben gefühlt.

Aufgedeckt wurde der NSU im November 2011. Zwei der Täter töteten sich selbst, Beate Zschäpe stellte sich und ist mittlerweile im Gefängnis. Es wurde klar, dass sowohl bei der Suche nach den Tätern als auch bei den Ermittlungen zu den Straftaten Polizei, Verfassungsschutz und Justiz schwerwiegende Fehler gemacht haben. Welche Fragen sind für Sie bis heute ungeklärt? *Semiya Şimşek:* Warum ausgerechnet unsere Väter? Nach welchen Kriterien wurden die Opfer ausgesucht? Ich bin mir außerdem sicher, dass es ganz viele Helfershelfer gab, gegen die aber nie ermittelt wurde. Vor Gericht ging es nur um das Trio. Bei der Urteilsverkündung wurde kein Wort an die Opferfamilien gerichtet. Die Familie Kubaşık war jede Woche vor Ort, obwohl sie aus Dortmund anreisen musste. Wir haben keine Gerechtigkeit und keine Aufklärung bekommen, wir können nicht damit abschließen. *Gamze Kubaşık:* Der Verfassungsschutz hat Akten geschreddert, wichtige Dokumente bleiben über Jahre verschlossen. Diese fünf Jahre des Prozesses waren für mich sehr enttäuschend. Die falschen Ermittlungen haben dazu geführt, dass die Ehre unserer Väter und unserer Familien kaputtgemacht wurde. Und wir hatten keine Möglichkeit, der Gesellschaft zu beweisen, dass es nicht so war. Ich bin damals mit großer Hoffnung in den Prozess gegangen, weil uns die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich versprochen hatte, dass wir Aufklärung bekommen. So hat es sich dann aber nicht angefühlt.

Sie machen beide schon seit 2021 politische Bildungsarbeit. Besonders Sie, Frau Kubaşık, gehen seit vielen Jahren an Schulen, um dort mit Jugendlichen über Ihre persönliche Geschichte und Rassismus zu sprechen. *Gamze Kubaşık:* Einmal kam ich in eine Schule, an der es eine Ausstellung über den NSU-Komplex gab. Die Schüler hatten im Internet und durch Dokus Informationen gesammelt, allerdings vor allem über die Täter und wenig über die Opfer. *Semiya Şimşek:* Am 9. September 2025 jährte sich die Ermordung meines Vaters zum 25. Mal. Viele Jugendliche waren zu dieser Zeit noch nicht auf der Welt. Sie haben vielleicht den Namen einer Täterin des NSU-Trios gehört, aber wer Enver Şimşek und Mehmet Kubaşık waren, dass das ganz liebevolle Familienväter waren, wissen sie nicht. *Gamze Kubaşık:* Das war der Auslöser für uns, zu sagen: Wir sollten ein Jugendbuch schreiben. Ich finde, Jugendliche haben ein Recht darauf, zu erfahren, was hier in Deutschland passiert ist, wie es uns geht und wie Rassismus Familien zerstören kann.

Wie reagieren die Jugendlichen auf Ihre Geschichten? *Gamze Kubaşık:* Die Lehrer sagen uns immer nach einem Vortrag, dass sie ihre Klasse noch nie so leise erlebt haben. Viele stellen ganz persönliche Fragen: Was wir nach den Morden an unseren Vätern gemacht haben, ob wir unser Leben weiterführen konnten. Erst vor Kurzem waren wir in einer Gesamtschule. Einige Schüler wurden sehr emotional, weil sie verstanden haben: Es hätte auch mich und meinen Vater treffen können. Nach den Veranstaltungen suchen wir dann das Gespräch mit einzelnen Schülerinnen und Schülern und sagen ihnen, dass sie ihre Ängste nicht mit sich allein herumtragen, sondern sich Hilfe holen sollen, zum Beispiel bei Vertrauenslehrern oder Sozialarbeitern. Und wir geben immer den Tipp, sich zu verbünden, sich in Gruppen und Bündnissen gegen rechts zu engagieren, um etwas gegen das Gefühl der Ohnmacht zu tun.

Was hätte Ihnen geholfen, den Verlust aufzufangen? *Semiya Şimşek:* Zur Wahrheit gehört, dass wir mit diesem Schmerz alleingelassen wurden. Es gab nie die Anlaufstellen, die wir damals gebraucht hätten, und in den Medien wurde unser Leid nicht richtig dargestellt. Ich habe aber das Gefühl, dass mit den Opfern von Hanau in den Medien sensibler umgegangen wurde. Das ist eine positive Entwicklung, dass es ein größeres Verständnis für Rassismus in unserer Gesellschaft gibt.

Der Text erschien am 13. Oktober 2025 auf fluter.de.

Weitere Angebote zum NSU-Komplex

Die bpb konzipiert derzeit eine Wanderausstellung und eine Website mit digitalen Bildungsformaten zum NSU-Komplex. Dabei verfolgt sie einen multiperspektivischen Ansatz, der die Geschehnisse in die Geschichte des Rechtsterrorismus einbettet und die Perspektiven, Aufarbeitungs- und Erinnerungskämpfe von Opfern des NSU-Komplexes und deren Angehörigen in den Blick nimmt.

Grundlegende Informationen zum NSU-Komplex und Rechtsterrorismus seit 1945 bietet zudem das Online-Dossier »Der NSU-Komplex«, das neue Veröffentlichungen der bpb zur Verfügung stellt. Ab November 2026 sind dort die Erklärfilmreihe »Kein Einzelfall – NSU-Komplex und rechtsextremer Terror« sowie die Inhalte eines Instagram-Formats (@bpb_de) zu rechtsextremem Terror abrufbar.

www.bpb.de/nsu-komplex

Schriftenreihe

Unser Schmerz ist unsere Kraft. Neonazis haben unsere Väter ermordet



Semiya Şimşek und Gamze Kubaşık verloren ihre Väter durch die brutale Mordserie der rechtsterroristischen Vereinigung NSU. In ihrem Buch berichten sie von ihrem Verlust, vom Umgang mit den Taten und verbinden ihre Erfahrungen mit Fragen zu Aufarbeitung, Rassismus und gesellschaftlicher Verantwortung.

2026, Bestell-Nr. 11339
5€

Unumstritten ko
50 Jahre Beutels
Konsens

1976 entstanden, um klare fachliche Prinzipien in der politischen Bildung festzulegen, ist der Beutelsbacher Konsens heute erneut zum politischen Kampfbegriff geworden. Braucht die Konsensformel ein Update?

→ *Text* **Anja Besand** → *Illustrationen* **JoDDiD | Zeichnung: graphicrecording.cool (Johanna Benz)**



ntrovers: bacher

In den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren war die Diskussion um politische Bildung in Westdeutschland, ähnlich wie heute, von gesellschaftlichen Polarisierungsprozessen geprägt. Die Studierendenbewegung hatte den noch jungen Fachdiskurs erfasst und stellte die bisherigen politischen und pädagogischen Grundüberzeugungen auf den Prüfstand. Die Frage war, worum es im Rahmen politischer Bildung gehen sollte: um die Stabilisierung der noch jungen und damit zerbrechlichen Demokratie durch die Vermittlung von Wissen über Institutionen, Regeln und Gesetze oder um die Befreiung der Subjekte aus verkrusteten Herrschaftsverhältnissen? Auf der einen Seite fanden sich die eher etablierten Akteurinnen und Akteure zusammen, deren Blick auf die sich seinerzeit festigenden Strukturen demokratischer Ordnung gerichtet war, auf der anderen standen die zumeist jungen – in jedem Fall der Studierendenbewegung entstammenden – Aktiven, die politische Bildung als zentrales Instrument zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse verstanden. Die Auseinandersetzung war leidenschaftlich und sichtbar, auch in medialen und parteipolitischen Debatten.

Dieser Konflikt und die Art und Weise, wie er ausgetragen wurde, taten dem jungen Bildungsbereich nicht gut. Auf einer Konferenz im November 1976 im württembergischen Beutelsbach sollten sich daher die zerstrittenen Akteurinnen und Akteure der Fachdidaktik darüber verständigen, welche professionellen Kernüberzeugungen sie gemeinsam für den Bildungsbereich formulieren wollten. Doch während der zweitägigen intensiven Diskussionen konnte zunächst keine Einigung erzielt werden. Erst im Anschluss formulierte der Politikwissenschaftler Hans-Georg Wehling das Protokoll mit dem Titel »Konsens à la Beutelsbach«, in dem die drei Grundsätze – Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot, Schülerorientierung – als implizite Konsensformel festgehalten wurden. Dem widersprach niemand, somit gilt seitdem dieser professionelle Grundkonsens für die politische Bildung.

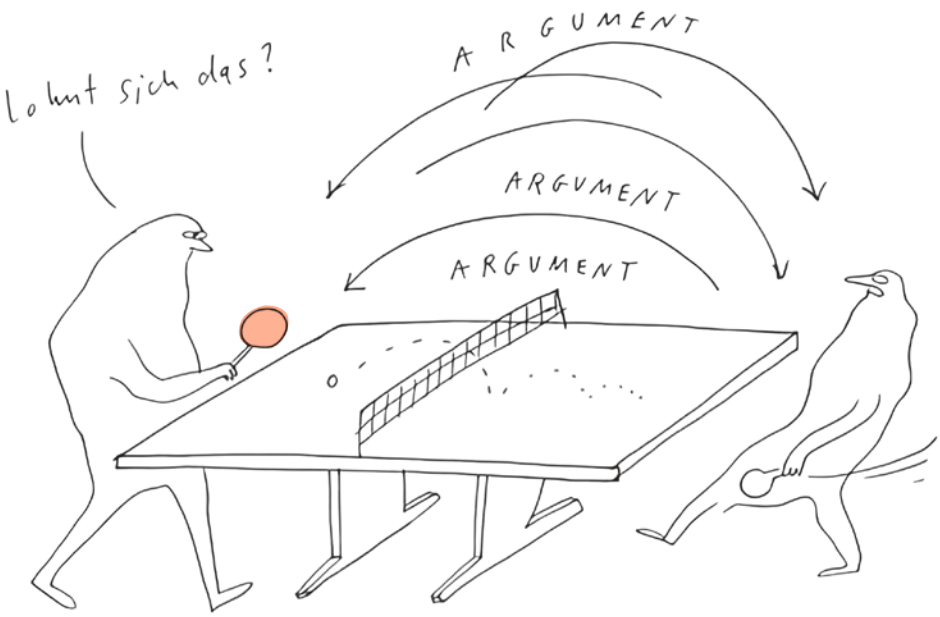
Beutelsbach revisited

Ein genauerer Blick auf den Wortlaut des Beutelsbacher Konsenses lohnt sich. Es sind zunächst drei knapp formulierte Prinzipien, die weder eine Theorie politischer Bildung entfalten noch festlegen, welche politischen Ziele verfolgt werden sollen. Sie benennen vielmehr die Bedingungen und Grenzen des professionellen Handelns in einem streitbaren Bildungsbereich: erstens die Abgrenzung politischer Bildung von Indoktrination, zweitens die Forderung, bestehende Kontroversen in Wissenschaft und Politik auch im Unterricht abzubilden, und drittens der Anspruch, Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, ihre eigene Interessenlage zu analysieren und Möglichkeiten zu entwickeln, auf die politische Situation Einfluss zu nehmen.

Auf den ersten Blick erscheinen diese Forderungen wenig streitbar. Wer würde schon dafür plädieren, Schülerinnen und Schüler zu überwältigen, ihnen kontroverse Positionen vorzuenthalten oder ihre Fähigkeit zur eigenständigen Urteilsbildung einzuschränken? Der Beutelsbacher Konsens ist leicht zu verstehen, und entsprechend leicht ist es, ihm zuzustimmen. Kompliziert wird es erst im pädagogischen Alltag, in dem gesellschaftliche Konfliktlagen oft in überaus komplexen Fallkonstellationen zutage treten.

In diesem Sinne wäre zu fragen, wie man damit umgeht, wenn sich Eltern über eine »Woche der Vielfalt« an der Schule beschweren, eine Lehrkraft den Deutschen Bundestag auf Einladung einer rechtsextremen Partei besuchen will oder täglich neue antisemitische Schmierereien in Toilettenkabinen auftauchen. Ist es im Sinne des Kontroversitätsgebots notwendig, eine rechtsextreme Partei zu einer Podiumsdiskussion in der Schule einzuladen, weil sie viele Wählerinnen und Wähler hat? Oder wird »Remigration«, mit anderen Worten »Deportation« von Migrantinnen und Migranten, zu einem unterrichtsrelevanten Thema, wenn es gesellschaftlich immer wieder diskutiert wird? Und wie kann man in solchen Debatten Schülerinnen und Schüler schützen, die Angst vor der Deportation ihrer Eltern oder Großeltern haben? Und zu guter Letzt: Wie sollen Lehrkräfte reagieren, wenn einige Schülerinnen und Schüler einen schulinternen CSD fordern, während andere dagegen sind?

Das ist alles gar nicht so einfach. Gerade die Kluft zwischen der scheinbaren Eindeutigkeit der Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses und deren Zustimmungsfähigkeit einerseits und der Komplexität ihrer Anwendung in der Gegenwart andererseits macht eine genauere Betrachtung der in dem Text enthaltenen Annahmen und Setzungen notwendig.



Normative Vorstellungen von politischer Bildung

Die drei Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses beziehen sich auf Mündigkeit, selbstständige Urteilsbildung und Interessenartikulation sowie die Möglichkeit, politischen Einfluss innerhalb staatlich organisierter Bildungsprozesse auszuüben. Zugleich reagieren sie auf ein pädagogisches Machtverhältnis, in dem Personen mit institutioneller Autorität ihre Deutungen und politischen Überzeugungen gegenüber Personen durchsetzen, die sich in ihrer Obhut befinden. Der Beutelsbacher Konsens ist somit aus einer macht- und herrschaftskritischen Perspektive formuliert. Er ist sich der subtilen und zuweilen auch weniger subtilen Machtstrukturen bewusst, die in Schule und Bildungsprozessen allgemein wirken. Vor dem Hintergrund historischer Erfahrungen betont der Text, dass politische Bildung dem gesellschaftlichen Pluralismus Rechnung tragen muss und nicht zur Herstellung von Konformität und Fremdbestimmung beitragen darf.

Der Beutelsbacher Konsens zielt nicht darauf ab, politische Bildung auf eine möglichst neutrale Vermittlung von Wissen zu reduzieren. Vielmehr formuliert er Vorstellungen darüber, wie politische Bildung in einer Demokratie mit politischen Gegenständen und Kontroversen umgehen sollte. Das, was kontrovers ist, muss im Bildungsprozess auch kontrovers erscheinen. Dieser Satz muss Wort für Wort durchdacht werden. Denn daraus folgt nicht, dass alles, was sich politisch als Position formulieren lässt, deshalb auch als kontroverse Position im Sinne politischer Bildung behandelt werden muss. Vielmehr braucht es ein kritisches Unterscheidungsvermögen zwischen dem, was kontrovers diskutiert werden kann, und dem, was die normativen Grundlagen des demokratischen Zusammenlebens selbst berührt und damit dem nicht-kontroversen Sektor angehört.

Das ist allerdings keineswegs so einfach, wie es auf den ersten Blick scheint. Was zu einer politischen Streitfrage wird und was als nicht verhandelbare Grundlage des demokratischen Zusammenlebens gelten soll, lässt sich nicht in jedem Fall unvoreingenommen bestimmen. Deshalb ist es unmöglich – ja, es wäre sogar problematisch –, politische Bildung mit einer vermeintlich objektiven Liste des Kontroversen und des Nicht-Kontroversen auszustatten.

Nicht neutral – grundrechtsstabil

Eine wichtige Orientierung bietet die Verfassung. Wenn es um die im Grundgesetz besonders geschützten Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Ordnung geht, insbesondere um die in Artikel 1 und Artikel 20 festgelegten Grundsätze, kann politische Bildung nicht so tun, als handele es sich lediglich um beliebige politische Präferenzen, zwischen denen neutral zu vermitteln wäre. Die sogenannte Ewigkeitsklausel des Artikels 79 Absatz 3 Grundgesetz verweist darauf, dass bestimmte Verfassungsgrundsätze einer Disposition durch wechselnde politische Mehrheiten entzogen sind. Das bedeutet jedoch nicht, dass politische Bildung über diese Grundlagen nicht sprechen oder sie nicht kritisch diskutieren dürfte. Vielmehr muss zwischen einer Diskussion über die konkrete politische Ausgestaltung und einer Infragestellung grundlegender menschenrechtlicher und demokratischer Prinzipien unterschieden werden. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Selbstverständlich können und müssen wir über migrationspolitische Strategien streiten. Welche Regeln für Zuwanderung gelten sollen, wie Asylverfahren zu gestalten sind oder wie staatliche Ressourcen verteilt werden können, all dies sind politische Fragen, zu denen unterschiedliche, miteinander konkurrierende Positionen bestehen und über die demokratisch gestritten werden kann.

Die Frage, ob wir geflüchtete Menschen im Mittelmeer ertrinken lassen oder – wenn sie den Weg zu uns gefunden haben – mit Waffengewalt außer Landes bringen, ist eine andere. Hierbei handelt es sich nicht um eine migrationspolitische Sachfrage, bei der unterschiedliche politische Positionen als gleichrangige Alternativen nebeneinandergestellt werden könnten. Genau diese Unterscheidung ist für die politische Bildung zentral: Kontroversität bedeutet nicht, jede denkbare Position zu legitimieren. Bildungsverantwortliche Akteurinnen und Akteure müssen in der Lage sein, zu erkennen, wann eine vermeintliche Kontroverse die Grundlagen des demokratischen und menschenrechtsbasierten Zusammenlebens selbst zur Disposition stellt – auch wenn das nicht immer einfach ist. Hier wird deutlich, dass der Beutelsbacher Konsens das Prinzip der Kontroversität zwar formuliert, die Kriterien für die Bestimmung von dessen Grenzen aber offenlässt.

Beutelsbach als Waffe

Gerade diese Offenheit hat vermutlich wesentlich zur Wirkungsgeschichte des Beutelsbacher Konsenses beigetragen. Der Text ist längst nicht mehr nur Bezugspunkt innerhalb des Fachdiskurses der politischen Bildung, sondern auch Teil der öffentlichen Debatte geworden. Als solcher wird er von verschiedenen Akteurinnen und Akteuren aufgegriffen, in unterschiedliche politische Kontexte gestellt und mit wechselnden Bedeutungen versehen. Dies wird besonders relevant, wenn er selbst gegen politische Bildung – in und außerhalb der Schule – in Stellung gebracht wird. Wenn Bildungsangebote zu Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus oder anderen gesellschaftlichen Konflikten als »Indoktrination« bezeichnet werden, wenn Lehrkräften vorgeworfen wird, vermeintlich einseitige politische Positionen zu vertreten, oder wenn aus dem Kontroversitätsgebot die Forderung abgeleitet wird, dass unterschiedliche politische Positionen im Unterricht grundsätzlich gleichrangig repräsentiert werden müssen – auch extremistische und menschenfeindliche –, dann fungiert der Beutelsbacher Konsens als Argument zur Begrenzung oder Zurückweisung bestimmter Formen politischer Bildung.

Das zeigt sich seit einigen Jahren besonders deutlich an einem Begriff, der im ursprünglichen Text von 1976 überhaupt nicht vorkommt, der aber inzwischen im öffentlichen Diskurs fast synonym mit dem Beutelsbacher Konsens verwendet wird: »Neutralität«. Aus dem Gebot zur Abbildung wissenschaftlicher und politischer Kontroversen wurde nach dieser Lesart ein Gesetz zur verordneten Äquidistanz – ein Missverständnis mit Methode.

Diese Interpretation kommt nicht von irgendwoher. Vor allem im rechtsextremen und rechtspopulistischen Spektrum wird »Neutralität« heute als Kampfbegriff genutzt, um demokratische politische Bildung einzuschränken bzw. um diejenigen, die über Fördermittel in diesem Bereich entscheiden und in den entsprechenden ministeriellen Fachaufsichten sitzen, vor sich herzutreiben. Das Instrumentarium dafür ist vielfältig und reicht von Kleinen Anfragen in den Parlamenten über öffentliche Angriffe auf Bildungs- und Forschungseinrichtungen bis hin zu Online-Meldeportalen für AfD-kritische Lehrkräfte.



Das Ziel solcher Vorstöße ist offensichtlich: Es geht darum, Unsicherheit in den Schul- und Bildungsalltag zu tragen, Lehrkräfte und die Bildungsadministration einzuschüchtern und den Eindruck zu erzeugen, dass bereits jede kritische Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen ein Verstoß gegen den Beutelsbacher Konsens ist. Dabei beruht diese Argumentation auf einer Verdrehung. Über Themen wie Rassismus, Antisemitismus oder die Abwertung von Minderheiten kann man in einer Demokratie nicht neutral sprechen. Weder der Beutelsbacher Konsens noch andere Mäßigungsverpflichtungen, beispielsweise beamtenrechtliche, geben eine solche Haltung her. Wer aus dem Kontroversitätsgebot ableitet, menschenfeindliche Positionen müssten im Unterricht als gleichberechtigte Option neben verfassungsfesten Werten stehen, missversteht den Geist des Textes.

Im Grunde ist es eine pädagogische und fachdidaktische Selbstverständlichkeit: Politische Bildung in der Demokratie ist der Demokratie verpflichtet. Selbstverständlich darf im Rahmen politischer Bildung weder zur Wahl einer bestimmten Partei aufgerufen noch parteipolitische Werbung betrieben werden. Dies gilt allerdings nur für Parteien, die sich zu den Grundwerten der Verfassung bekennen. Das Gebot parteipolitischer Zurückhaltung bedeutet jedoch keine ethische oder verfassungsrechtliche Gleichgültigkeit. Im Gegenteil: Politische Bildung ist dem Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der Durchsetzung der Menschenrechte und dem Schutz von Minderheiten ausdrücklich verpflichtet. Lehrkräfte dürfen nicht nur widersprechen, wenn diese angegriffen werden – sie müssen es.

Das führt uns zu der entscheidenden Frage, vor der wir heute stehen: Was geschieht mit einem Text wie dem Beutelsbacher Konsens, wenn er von Akteuren für sich beansprucht wird, die den demokratischen Streit, aus dem er einst hervorgegangen ist, selbst gar nicht als gemeinsamen Diskurs anerkennen?

Die Antwort ist so ernüchternd wie folgenschwer: Wenn ein demokratischer Konsens von Akteuren in Dienst genommen wird, die die Spielregeln der Demokratie selbst ablehnen, dann verliert er seine Befriedungsfunktion. Er wird vom Werkzeug des Fachdiskurses zu einer Waffe im Kulturkampf. Das Paradoxon liegt auf der Hand: Die Instrumentalisierung des Beutelsbacher Konsenses durch antidemokratische Kräfte nutzt genau jene Toleranz und Offenheit aus, die er als Leitlinien im demokratischen Diskurs vorgibt. Das Gebot der Kontroversität wird dabei von einem Prinzip der Urteilsbildung zu einem Mittel der Verunsicherung umgedeutet.



APuZ
Politische Bildung
Der ungekürzte Text von Anja Besand erschien in der APuZ-Ausgabe, die zum 50. Geburtstag des Beutelsbacher Konsenses aktuelle Debatten um Aufgaben, Standards und Kontroversen der politischen Bildung in Deutschland beleuchtet.
bpb.de/politische-bildung-2026

Bestell-Nr. 72643
kostenlos

Schlussbetrachtung

Für die politische Bildung bedeutet dies vor allem, dass der Beutelsbacher Konsens nicht länger als heitere Harmonieformel missverstanden werden darf. Wer ihn unter den Bedingungen einer polarisierten und bedrohten Demokratie als mechanisches Instrument zur normativen Mäßigung oder Moderation beliebiger Positionen versteht, liefert ihn genau jener Umdeutung aus, die seine Grundlagen untergräbt. Für Theorie und Praxis ergeben sich daraus drei zentrale Konsequenzen:

Erstens braucht es eine klare Absage an einen naiven Konsensglauben. Der Beutelsbacher Konsens kann dort nicht verbindend wirken, wo es gar keinen Wunsch nach einem gemeinsamen demokratischen Prozess gibt. In solchen Situationen ist vielmehr eine streitbare Handlungsfähigkeit abzusichern, die in der Lage ist, demokratische von antidemokratischen Herausforderungen zu unterscheiden.

Zweitens wandelt sich in einer polarisierten Öffentlichkeit die Anforderung an die Umsetzung des Beutelsbacher Konsenses in der Praxis: Es geht um die Sicherstellung eines demokratischen Rahmens. Das bedeutet, dass die Verteidigung von Grund- und Menschenrechten nicht als Verstoß gegen den Beutelsbacher Konsens, sondern als seine notwendige Voraussetzung begriffen werden muss.

Drittens macht diese Entwicklung deutlich, dass der Beutelsbacher Konsens kein sakrosanktes Denkmal ist, das unverändert bestehen bleiben kann. Wenn die gesellschaftliche Ausgangslage eine andere ist als 1976, dann muss auch der Konsens weitergedacht werden. Deshalb sind die zahlreichen Versuche der jüngeren Zeit, den Beutelsbacher Konsens normativ nachzuschärfen und das Verhältnis von Kontroversität, Grundrechtstreue und Haltung präziser zu fassen, keine Schwächung des Originals, sondern eine unverzichtbare Aktualisierung.

Der Beutelsbacher Konsens bleibt wertvoll – aber nur, wenn er nicht als Einladung zur Beliebigkeit missbraucht wird, sondern als wehrhafte Richtschnur für eine politische Bildung dient, die Demokratie, Pluralismus und Minderheitenschutz nicht nur thematisiert, sondern auch ernst nimmt. Dass der Beutelsbacher Konsens 50 Jahre nach seiner Entstehung wieder in aller Munde ist, zeigt sich als Symptom einer gesellschaftlichen Bewährungsprobe. Politische Bildung muss beweisen, dass sie Streitbarkeit und Verfassungstreue nicht als Gegensätze versteht, sondern als Fundament demokratischer Mündigkeit.

Anja Besand ist Professorin für Didaktik der politischen Bildung an der Technischen Universität Dresden.

Wie steht's um die *deutsche Einheit?*

36 Jahre nach der Wiedervereinigung zeichnet sich die ehemalige Grenze zwischen Ost- und Westdeutschland weiterhin in den Statistiken ab. Und auch die Landtagswahlen im Osten haben zuletzt eine politische und mediale Debatte um die innere Einheit Deutschlands ausgelöst. Zeit, einen Blick auf die messbaren wirtschaftlichen Entwicklungen in den vergangenen Jahren zu werfen und in die Zukunft zu schauen.

→ *Text* **Henrik Müller**

Im Oktober 1990 wurde mit großer Euphorie die deutsche Einheit gefeiert und das Ende der DDR besiegelt. Im Herbst 2026 dagegen beherrschen die Wahlergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin die politischen Debatten. Dabei zeigten sich bereits im Vorfeld der Wahl Zeichen einer Entfremdung: Während einige Kommentatoren den »zahlenden Westen« ins Feld führten, der dagegenhalten müsse, wenn als extremistisch eingestufte Parteien möglicherweise in Regierungsverantwortung kämen, verbaten sich Stimmen aus Ostdeutschland Belehrungen aus dem Westen. 36 Jahre nach dem Ende der DDR wird öffentlich die Frage gestellt, ob die Wiedervereinigung gescheitert sei. Neben historischen, kulturellen oder sozialpsychologischen Argumenten spielen ökonomische Faktoren immer wieder eine zentrale Rolle in der Debatte.

Wo ist das Problem?

Auch dreieinhalb Jahrzehnte nach der deutschen Einheit zeichnet sich die ehemalige Grenze immer noch eindeutig in den Statistiken ab: Nach wie vor ist der Osten im Schnitt weniger wohlhabend als der Westen. Vier der ostdeutschen Bundesländer zählen zu den wirtschaftsschwächsten, darunter Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Die privaten Vermögen im Osten sind geringer, ebenso Erbschaften. Nach Berechnungen des Ifo-Instituts verfügten ostdeutsche Haushalte 2023 im Mittel über ein Nettovermögen von rund 36.000 Euro, während dieser Wert in Westdeutschland bei etwas über 143.000 Euro lag. Privateigentum war in der DDR nur in geringem Ausmaß erlaubt, die Wohneigentumsquote war entsprechend geringer, und in den vergangenen Jahrzehnten stieg der durchschnittliche Immobilienwert besonders stark in den westdeutschen Ballungsräumen, während er in vielen ostdeutschen Regionen unter dem westdeutschen Niveau lag.

Die Privatisierung des einst »volkseigenen« Vermögens durch die Treuhandanstalt öffnete westlichen Investoren die Tür, hielt die Bevölkerung im Osten der Republik aber davon fern, Mitbesitzer von Betriebsvermögen zu werden. Dass die daraus folgenden Unterschiede auch eine Generation später fortbestehen, ist nicht überraschend. Auch die Schaltstellen wirtschaftlicher Macht liegen bis heute überwiegend im Westen. Kein einziger Konzern, der im Aktienindex Dax gelistet ist, hat seine Zentrale in einem ostdeutschen Bundesland. Große mittelständische Unternehmen residieren ganz überwiegend im Westen. Die Hotspots der Finanzbranche finden sich nach wie vor in Frankfurt am Main und München, nicht in Leipzig oder Cottbus. Personen mit Ostbiografie sind in Vorständen und Aufsichtsräten großer Unternehmen immer noch schwach vertreten.

Aus westdeutscher Sicht wurde lange Zeit auf die immensen Kosten der deutschen Einheit verwiesen. In den 1990er- und 2000er-Jahren waren West-Ost-Transfers immer wieder Diskussionsthema. Inzwischen erlebt das Argument in der aufgeheizten Debatte eine Renaissance.

Schätzungen zufolge hat die alte Bundesrepublik die neuen Länder über die Jahre mit Nettozahlungen (abzüglich im Osten erhobener Steuern und Abgaben) von mehr als 1,5 Billionen Euro unterstützt. Entsprechende Zahlen werden nicht systematisch veröffentlicht, ihre genaue Ermittlung ist komplex. Renten- und Arbeitslosengeldzahlungen machten in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1990 den überwiegenden Teil der Transfers aus, wie Wirtschaftsforscher ermittelt haben. Entsprechend stiegen infolge der Einheit Sozialversicherungsbeiträge, Steuern und Staatsschulden in Gesamtdeutschland.

Das lag nicht zuletzt auch daran, dass die Währungs- und Sozialunion im Sommer 1990 der DDR-Wirtschaft den Rest gab. Damit führte die noch bestehende DDR auf einen Schlag die D-Mark als alleiniges Zahlungsmittel sowie den westdeutschen Sozialstaat ein. Das Problem: Die schwache Wirtschaft musste von heute auf morgen mit westdeutschen Sozialabgaben und Steuern auf dem Weltmarkt klarkommen, ohne dass der Wechselkurs als möglicher Puffer bereitgestanden hätte. Dazu kamen die von den Westgewerkschaften durchgesetzten raschen Lohnsteigerungen. Die Folgen des Zusammenbruchs weiter Teile der Ex-DDR-Wirtschaft im Zuge der Wiedervereinigung ab 1990 versuchte man durch Sozialleistungen und Subventionen abzumildern.

Dennoch bestehen bis heute deutliche wirtschaftliche Ost-West-Unterschiede, die sich kaum wegdiskutieren lassen, genauso wie die Kosten der Einheit. Viel diskutiert wird die Frage, inwiefern westdeutsche Unternehmen und private Investoren durch die Wiedervereinigung wirtschaftlich profitiert haben. Allerdings muss man auch sagen: Wer nur auf die fortbestehenden Ost-West-Lücken starrt, übersieht die Dynamik der Annäherung zwischen beiden Landesteilen.

Ist das neu?

1991 betrug das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) der ostdeutschen Länder mit 44 Prozent nicht einmal die Hälfte des gesamtdeutschen Durchschnitts. Es folgte eine Phase des Aufholens, die etwa bis Mitte der 2000er-Jahre andauerte. Dann entwickelte sich der Westen, getrieben vor allem von der Globalisierung der Industrie, eine Zeit lang deutlich besser. Zuletzt hat sich die Schere wieder weiter geschlossen, unter anderem, weil der Westen in einer tiefgreifenden Strukturkrise steckt.

Ostdeutsche Haushalte verfügten 1991 über Einkommen in Höhe von 58 Prozent des gesamtdeutschen Durchschnitts. Ein Jahrzehnt später hatte sich der Abstand bereits um über 20 Prozent verringert. 2021 betrug die Differenz weniger als 10 Prozent, das ist vergleichbar mit wirtschaftsschwachen westdeutschen Ländern wie dem Saarland.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) verweist denn auch in einer Studie darauf, dass die Unterschiede zwischen Ballungsräumen und ländlichen Gebieten heute viel bedeutsamer seien als die Ost-West-Perspektive. Dieser Befund trifft auf die Einkommenssituation genauso zu wie auf die wirtschaftliche Entwicklung. Gegenden in Westdeutschland, die einst von der Kohle-, Stahl- und Textilindustrie oder großen Militärstandorten lebten, haben relativ zur gesamtstaatlichen Entwicklung verloren.

So erwirtschaftete etwa das Saarland im Jahr 1992 ein Pro-Kopf-BIP knapp unter dem deutschen Durchschnitts-BIP, 2025 lag es rund 20 Prozent darunter. Wirtschaftsstarke Regionen wie Bayern hingegen konnten ihren Vorsprung halten. Ostdeutschland erwirtschaftete pro Kopf rund 25 Prozent weniger als der deutsche Durchschnitt. Die verfügbaren Einkommen lagen im Jahr 2024 allerdings nur 10 Prozent unter dem deutschen Durchschnitt – was die nivellierende Wirkung des bundesstaatlichen Steuer- und Sozialsystems unterstreicht.

Soziale Indikatoren bestätigen das Bild eines soliden Aufholprozesses der ostdeutschen Bundesländer. So sind die Geburtenziffern (die direkt nach der Einheit rapide gesunken waren) und auch die Lebenserwartung deutlich gestiegen – beides Hinweise auf ein gestiegenes gesellschaftliches Wohlbefinden.

Die Geschichte der Einheit lässt sich mithin als Erfolgsstory erzählen – oder auch als Experiment mit ungewissem Ausgang. Wie so oft, ist die Wirklichkeit vielschichtiger und uneindeutiger.



Welche Rolle spielt die Demografie?

Wichtig für die ostdeutsche Entwicklung ist auch der Faktor Demografie. Im Osten (ohne Berlin) ist die Bevölkerung seit 1990 um zweieinhalb Millionen Menschen zurückgegangen. Das ist ein Verlust von 16 Prozent, in Sachsen-Anhalt sind es sogar 25 Prozent. Im Westen hingegen wuchs im gleichen Zeitraum die Bevölkerung um zehn Prozent. Die Ursache liegt vor allem in Wanderungsbewegungen. Zum einen zogen in den 1990er- und 2000er-Jahren jährlich deutlich mehr Ostdeutsche in die Westländer als umgekehrt. Zum anderen ließen sich im Osten weniger Zuwanderer aus dem Ausland nieder.

Für die wirtschaftliche Entwicklung spielt die Bevölkerungsdichte eine entscheidende Rolle. Außerhalb von Ballungsräumen lassen sich hochproduktive Wirtschaftsstrukturen kaum aufbauen. Größe entfaltet Anziehungskräfte: Wo viele gut ausgebildete Menschen sind, siedeln sich Unternehmen an, was zu einem weiteren Zuzug von Arbeitskräften führt und wiederum zusätzliche Investitionen auslöst.

Bevölkerungsarmut ist denn auch ein Grundproblem der Ökonomie Ost. In locker besiedelten ländlichen Gebieten lässt sich auch mit hohen Subventionen und Steuererleichterungen kaum ein dynamischer Entwicklungsprozess anschieben. Neben Berlin samt Umland können nur Leipzig und Dresden mit einer weiterhin wachsenden Bevölkerung rechnen, ansonsten wird Ostdeutschland nach einer Langfristprognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) massiv an Bevölkerung verlieren, während große Teile Westdeutschlands auch in den kommenden zwei Jahrzehnten mit einer stabilen oder wachsenden Bevölkerung rechnen können.

Das Ifo-Institut warnte bereits: »Der Aufholprozess ist in Gefahr.« Denn: Im Osten gibt es nicht nur weniger Sachkapital, auch »Humankapital«, zumal Beschäftigte mit akademischer Qualifikation, ist knapp. Die Zahl der Erwerbstätigen schrumpft – am stärksten in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Studierendendichte ist niedrig. Für Forschung und Entwicklung wird wenig ausgegeben. Start-up-Gründungen gibt es noch weniger als im Westen.

Dass 2025 erstmals seit Jahren wieder mehr Ostdeutsche gen Westen zogen als umgekehrt, könnte eine Trendwende markieren. Die ökonomische Schere zwischen West und Ost könnte sich also künftig wieder öffnen.

Für die politische Kultur verheißt eine solche wirtschaftliche und demografische Polarisierung nichts Gutes. Extremistische Politik ist nicht dazu angetan, Probleme zu lösen. Wenn künftige Landesregierungen Zuwanderung bewusst behindern und Ansässige mit Migrationshintergrund vergraulen oder gar ausweisen (unter dem Kampfbegriff »Remigration«) sollten, wenn sie das Bildungssystem beschädigen und die Kulturszene einebnen, dann wird die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich in Mitleidenschaft gezogen.

Eine fortschreitende Entfremdung zwischen Ost und West ist weder zwangsläufig noch unumkehrbar. Im Moment jedoch sieht es so aus, als würden mehrere Signale in die falsche Richtung zeigen.

Der Text erschien in ungekürzter Form im wirtschaftspolitischen Newsletter der bpb »Zahlen, bitte!« am 18. September 2026.

Zahlen, bitte!

Im Newsletter der bpb erklärt der Volkswirt und Journalist Henrik Müller einmal im Monat die wichtigsten Wirtschaftsdebatten.

bpb.de/zahlenbitte

INFORMIERT ODER MANIPULIERT?

Die Qualität von Nachrichten im Internet zu beurteilen und Falschmeldungen zu erkennen, ist nicht einfach. Hier setzt der Newstest an, in dem man die eigene Informations- und Nachrichtenkompetenz überprüfen kann. Probieren Sie es aus mit diesen Einstiegsfragen aus unserem Gamebook!

FRAGE

Schätzfrage:

Wie viel Prozent der Menschen in Deutschland behaupten, sehr an Nachrichten interessiert zu sein?

FRAGE

Was dient den meisten Menschen als wichtigste Quelle für Informationen?

1. Fernsehen
2. Internet
3. Tageszeitung
4. Radio

FRAGE

Richtig oder falsch?

Falschinformationen gibt es nicht im Bereich der Wissenschaft.

FRAGE

Wofür nutzen Menschen in Deutschland das Internet am meisten?

1. Messengerdienste wie z. B. WhatsApp
2. Onlineshopping
3. Routeninformation wie z. B. Google Maps
4. Suchmaschinen wie z. B. Google

FRAGE

Richtig oder falsch?

Jede und jeder darf sich als Journalistin oder Journalist bezeichnen.





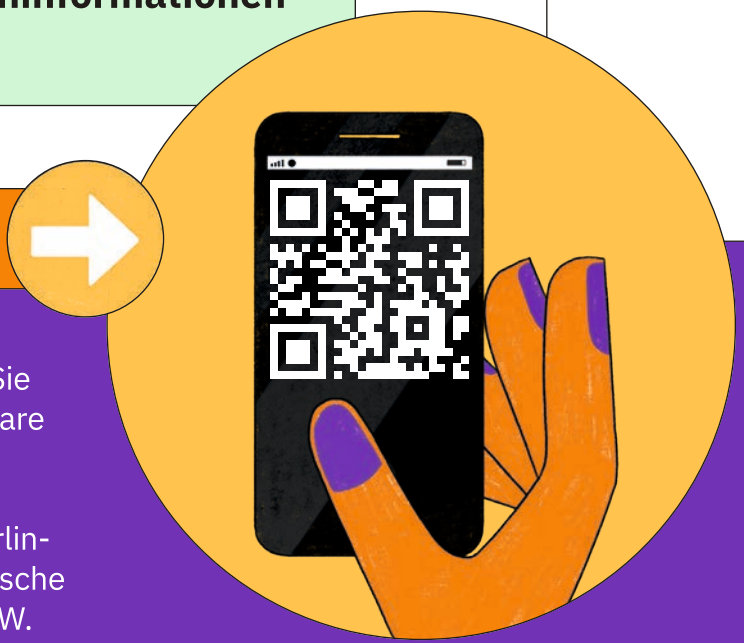
FRAGE

Schätzfrage:

Wie viel Prozent der Menschen in Deutschland sagen von sich selbst, dass sie Falschinformationen von Fakten unterscheiden können?

Lösungen (linke Seite v. o. n. u.): 55 %; das Internet ist für rund 42 % der Menschen in Deutschland die wichtigste Informationsquelle; falsch, auch bei komplexen oder kontroversen Themen, wie etwa Klimawandel oder Medizin, können Falschinformationen entstehen.
Lösungen (rechte Seite v. o. n. u.): Messengerdienste, 81 % der Menschen in Deutschland nutzen diese täglich; richtig, es handelt sich nicht um eine geschützte Berufsbezeichnung; 20 %

NEUGIERIG AUF MEHR?



Spielen Sie den Newstest online, oder entdecken Sie zahlreiche kostenlose Materialien wie das bestellbare analoge Gamebook unter: **www.der-newstest.de**

Der Newstest ist ein Projekt der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb), der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb und der Landesanstalt für Medien NRW.

Im Vertrauen auf die *Demokratie*

Jüdisches Leben in Deutschland baute nach dem Holocaust auf dem Versprechen des »Nie wieder!« auf. Über Jahrzehnte entwickelte sich so die drittgrößte jüdische Gemeinschaft in Europa. Ihr Alltag ist vielfältig und lebendig, gleichzeitig aber von Anfeindungen und Anschlägen bedroht.

→ *Fotos* **Rafael Herlich** (außer 03, 05, 09)

01



02



01 Das Foto zeigt einen Moment der Hawdala, der Zeremonie zur feierlichen Verabschiedung des Schabbats, die zugleich die neue Woche begrüßt. Das Foto entstand 2016 bei der deutschen Makkabiade in Duisburg. Der Schabbat, der wöchentliche Ruhetag im Judentum, beginnt am Freitagabend mit dem Sonnenuntergang und endet am Samstagabend.

03



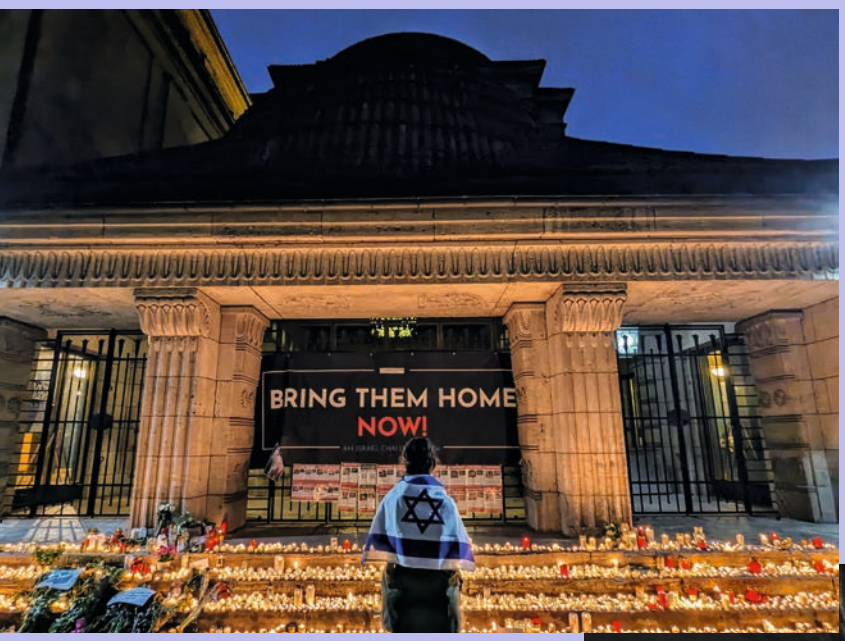


02 Chanukka-Leuchter (Chanukkia) 2013 auf dem Rathausplatz in Offenbach. Die sichtbaren Zeichen der Feier des achttägigen Lichterfests zeigen jüdisches Selbstbewusstsein und bringen Licht in die Wirklichkeit der dunklen Jahreszeit. In Deutschland werden jüdische Einrichtungen und Veranstaltungen durch die Polizei vor antisemitischen Angriffen geschützt.

03 Seit 2002 präsentieren jüdische Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 19 Jahren beim *Jewrovision* – angelehnt an den *Eurovision Song Contest* – eigene Musik und Tanzshows. Der jährliche Wettbewerb, der vom Zentralrat der Juden in Deutschland organisiert wird, bringt über 1.200 Jugendliche aus 60 jüdischen Jugendzentren und Gemeinden in Deutschland zusammen. Das Bild zeigt die Siegerehrung der Austragung 2026.



04





04 Trauer vor der Frankfurter Westend-Synagoge nach dem Angriff der Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023, bei dem sie in Israel rund 1.200 Menschen tötete und mehr als 240 Geiseln nach Gaza verschleppte. Das Banner »Bring Them Home Now!« hing an der Synagoge, bis die letzte Geisel im Januar 2026 geborgen war. Seit dem 7. Oktober 2023 erleben viele jüdische Menschen in Deutschland zunehmend Antisemitismus im Alltag.

05 Die Jüdische Gemeinde in Mainz gehört zu den ältesten im deutschsprachigen Kulturraum. Bereits im 10. Jahrhundert existierte hier eine jüdische Gemeinschaft. Heute zählt sie rund 1.000 Mitglieder. Am einstigen Standort der 1938 zerstörten Hauptsynagoge entstand zwischen 2008 und 2010 die Neue Synagoge nach Entwürfen des Architekten Manuel Herz. Der Bau greift architektonisch die fünf Buchstaben des hebräischen Wortes »Keduscha« (קְדֻשָּׁה »Heiligung«) auf.

06



07



05



06 Die I. E. Lichtigfeld-Schule verabschiedete 2021 den ersten Abiturjahrgang an einer jüdischen Schule in Hessen seit 1939. Zusätzlich zum vorgegebenen Lehrplan beschäftigen sich die Schülerinnen und Schüler an jüdischen Schulen mit jüdischer Religion, Geschichte und Tradition und lernen Hebräisch. Jüdische Schulen werden auch von nichtjüdischen Kindern besucht.

07 Neben Fußball bietet der jüdische Sportverein Makkabi Berlin viele weitere Sportarten an und steht allen Menschen offen, unabhängig von ihrer Religion und Herkunft. Sein Dachverband Makkabi Deutschland entstand in den 1920er-Jahren als Reaktion auf den Ausschluss jüdischer Sporttreibender. Seit den 1960er-Jahren gibt es wieder Makkabi-Clubs in Deutschland. Antisemitische Übergriffe im Sport können seit 2023 online gemeldet werden.

09





08



08 Der 80-jährige Abraham Bar Ezer mit seinem Enkel im Mai 2010 im Frankfurter Hauptbahnhof. Hier hatte er sich im Frühjahr 1939 von seiner Mutter verabschiedet. Sie hatte ihn auf einem Kindertransport untergebracht, mit dem der damals Zehnjährige gerettet wurde und nach Haifa gelangte. Seine Mutter wurde 1941 in das Ghetto Minsk deportiert und ermordet. Anlass seines Besuchs war die Verlegung eines Stolpersteins für sie.

09 Blumen und Kerzen vor der Synagoge in Halle (Saale) am Tag nach dem Anschlag vom 9. Oktober 2019. An Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, versuchte ein Rechtsterrorist, gewaltsam in die Synagoge einzudringen, in der sich über 50 Menschen befanden; die massive Holztür hielt stand und verhinderte einen Massenmord. Nach dem Scheitern erschoss der Täter zwei Menschen in der Nähe der Synagoge.

10



10 Feier zu Tu Bischwat 2011 im Frankfurter Palmengarten. Das jüdische »Neujahrsfest der Bäume«, das am 15. Tag des Monats Schwat (im Januar oder Februar) gefeiert wird, markiert in Israel das Ende der Regenzeit und den Beginn der Pflanzperiode. Traditionell isst man an diesem Tag Früchte, die mit dem Land Israel verbunden sind, zum Beispiel Feigen, Oliven und Datteln. Heute ist es ein beliebter Brauch, Setzlinge zu pflanzen.



Die abgedruckten Fotos finden sich im nebenstehenden Bildungsmaterial. Mit seinen 44 Fotografien, Gemälden und Grafiken ist es interaktiv und niedrigschwellig einsetzbar. Die Rückseiten der Karten bieten Informationen, Rechercheaufträge und Impulse. Die Veröffentlichung erfolgt gemeinsam mit der Deutschen UNESCO-Kommission und dem Jüdischen Museum Frankfurt.

2026, Bestell-Nr. 5688
7,50 €



Ganz nah dran – *Demokratie vor Ort*

Das Vertrauen vieler Menschen in Politik und demokratische Institutionen ist erschüttert. Doch wie lässt es sich zurückgewinnen? Eine Antwort liegt dort, wo man sie nicht auf Anhieb verortet: im Alltag der Menschen auf dem Land.

→ *Text* **Melanie Skurt**

Es sind nicht die großen Umstürze, die Demokratien heute gefährden, sondern ein schleichender Wandel. Das sagt die Demokratieforscherin Marina Nord. Die Wissenschaftlerin der Universität Göteborg und Mitautorin des aktuellen *Democracy-Report* analysiert: Der Abbau demokratischer Freiheitsrechte folgt oft demselben Muster. Erst schränken politische Mehrheiten die Medien- und Meinungsfreiheit ein, dann die Zivilgesellschaft. Am Ende höhlen sie die Gewaltenteilung aus. Derart leise, dass sich der genaue Kipppunkt kaum noch bestimmen lässt.

Status quo in Deutschland

Auch in Deutschland beobachtet die Körber-Stiftung Vorboten dieser Entwicklung. 2025 äußerte mehr als die Hälfte der Befragten, wenig oder kein Vertrauen in die Demokratie zu haben. Viele Menschen zweifeln an der Handlungsfähigkeit demokratischer Akteurinnen und Akteure. Das schafft einen Nährboden für Misstrauen – und eine Abwendung von der Demokratie. Auch die sogenannte Mitte-Studie 2024/25 der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt in der Mitte der Gesellschaft eine wachsende Offenheit für antidemokratische Positionen fest. Genau hier beginnt laut Marina Nord der kritische Prozess. »Die Menschen sind desillusioniert von der Demokratie. Und dann fängt man an, populistische, rechtsextreme Parteien zu wählen, die behaupten, die Lösung zu haben.«

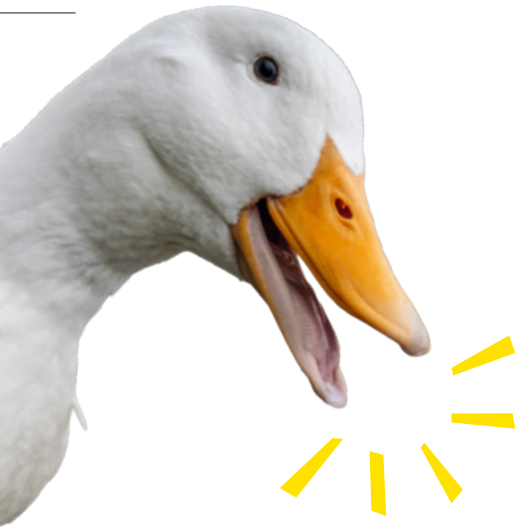
Dieses Gefühl der Desillusionierung entsteht selten dort, wo man zuerst hinschaut – in der politischen Debatte, im Bundestag oder bei Wahlen. Es beginnt woanders. Beispielsweise im Sportverein, im Ortsverband der Freiwilligen Feuerwehr, im Ehrenamt generell. Wer dort nie erlebt hat, wie demokratische Aushandlung wirklich funktioniert, dem fehlt womöglich die Erfahrung, die vor Desillusionierung schützt. Demokratie zeigt sich in fairen Abstimmungen, in konstruktiven Konfliktlösungen, im Konsens bei Meinungsverschiedenheiten und in der Erfahrung, dass man Kompromisse eingehen muss.

Hier setzt das Bundesprogramm »Zusammenhalt durch Teilhabe« des Bundesministeriums des Innern und der Bundeszentrale für politische Bildung an. Das Programm fördert und begleitet insbesondere Vereine, die in ländlichen oder strukturschwachen Gegenden verortet sind. In Projekten qualifizieren sie ihre haupt- und ehrenamtlichen Engagierten durch (politische) Bildungsangebote, Vernetzung und Beratung, um die demokratische Kultur vor Ort, im Alltag der Menschen erfahrbar zu machen.

Warum Vereine auf dem Land wichtig sind

Während sich in urbanen Räumen Engagement und Ehrenamt auf viele Orte verteilen, bündeln auf dem Dorf oft einzelne, traditionsreiche Vereine das Gemeinschaftsleben. Schwinden vor Ort identitätsstiftende Institutionen wie Stammlokale und Kulturorte, fehlen sogenannte Gelegenheitsstrukturen für Begegnungen. Das gilt ebenso, wenn in strukturschwachen Gegenden Arztpraxen, Bäckereien oder Supermärkte immer weniger zu finden sind. Dann fehlen Orte, an denen Menschen ins Gespräch und in den Austausch kommen – und verbunden bleiben. In diesem Spannungsfeld halten aktive Vereine vielfach den Zusammenhalt aufrecht, weil sie Räume für das Miteinander schaffen. Sie übernehmen in strukturschwachen Regionen eine tragende Rolle für demokratische Praxis. Und diese Rolle gilt es zu gestalten.

Das verdeutlicht ein Blick auf die Demokratiezufriedenheit in ländlichen Regionen. So zeigt beispielsweise die Studie *Stadt, Land, … Unterschiede* der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass die Demokratiezufriedenheit auf dem ländlichen Land (deutlich) geringer ausfällt als in den dichter besiedelten Landesteilen. Nur 38 Prozent der Menschen auf dem Land sind



»*Demokratie* stärkt einen großen Wurf, *viele kleine*, vielleic bare *Momente*«

demnach mit der deutschen Demokratie (sehr) zufrieden, jede vierte Person ist (sehr) unzufrieden. Besonders ausgeprägt ist diese Unzufriedenheit in ländlichen und verdichteten Räumen in Ostdeutschland. Auf dem dichter besiedelten Land sowie in den (Groß-)Städten ist dagegen rund die Hälfte zufrieden und nur etwa jede/r Fünfte unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland. Diese Differenzierung ist wichtig.

Vor allem die fehlende Daseinssorge bzw. eine schlechtere regionale Lebensqualität benennt Andreas Zick, Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Universität Bielefeld und Mitherausgeber der Mitte-Studie, als Gründe für die Unzufriedenheit mit der Demokratie: »Menschen schauen genau darauf, in welchem Zustand die Infrastruktur, die Straßen und die Brücken vor Ort sind. Sie fragen: ›Habe ich einen Kita-Platz? Wie sieht die Schule aus?‹ Sie sind der Meinung, dass eine Demokratie dafür sorgen muss, dass die Strukturen gut sind. Und wenn das nicht gegeben ist, dann öffnen sie sich für antidemokratische Tendenzen.« Zick warnt jedoch deutlich vor Stereotypisierungen: »So ein Klischee, dass Menschen auf dem Land eher antidemokratisch sind – das geben die doch geringen Differenzen in den Daten nicht her.«

Wie sich das Kriseln im Vereinsalltag zeigt

Demokratieskepsis ist besonders in strukturschwachen Regionen keine abstrakte Sorge. Dass gerade dort, wo die Zufriedenheit mit der Demokratie eher gering ausfällt, wiederum die Übungsräume für demokratische Praxis in Form von Vereinen und Verbänden dünn gesät sind, wird zur Herausforderung. Schließlich ermöglichen sie Selbstwirksamkeitserfahrungen – und genau diese sind eine Grundvoraussetzung dafür, Demokratie mit all ihren Chancen zu erleben und zu gestalten, statt sie nur passiv zu bewerten.

Auf der Ebene von Analyse und Zahlen klingt das recht abstrakt. Im Vereinsalltag zeigt sich das Kriseln der Demokratie jedoch sehr anschaulich, zum Beispiel im schärferen Ton bei Diskussionen und Abstimmungen, in hitzigen Debatten zu politischen Themen. Aber auch dann, wenn der Dialog zwischen Mitgliedern verstummt, weil man heikle Themen lieber umschifft, als über sie zu streiten. Die Folgen dieser Entwicklungen sind real. Menschen ziehen sich aus dem Ehrenamt zurück und treten schlimmstenfalls aus Organisationen aus, weil sie sich nicht mehr wohlfühlen und ihnen die konstruktive Debatte fehlt. Oder sie übernehmen seltener Führungsrollen. In diesem Fahrwasser neue Mitglieder zu gewinnen und Nachwuchslücken zu schließen, wird nahezu unmöglich, weil die Stimmung verhärtet und wenig einladend wirkt. »Umso wichtiger sind Räume für Diskurs und Dialog, in denen Menschen ins Gespräch kommen«, erklärt Larissa Bothe. Die politische Bildnerin beim Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie plädiert für mehr »konstruktiven Streit« in Vereins- und Verbandsstrukturen. »Damit zum Beispiel politische Unterschiede nicht zu verhärteten Fronten führen, sondern Menschen beieinanderbleiben und gemeinsam neue Wege finden. Das ist der Motor der Demokratie«, so Bothe.

Kern des Problems: zu wenig Vertrauen

Streit funktioniert jedoch nur dort, wo Menschen darauf vertrauen, dass sie gehört und Konflikte lösungsorientiert ausgetragen werden. Problematisch ist oft nicht die Auseinandersetzung an sich, sondern die Frage, ob das Umfeld, in dem gestritten wird, als sicher empfunden wird. Und damit rückt eine grundsätzliche Frage in den Fokus, die über den Alltag von Vereinen und Verbänden hinausreicht: Wie entsteht eigentlich Vertrauen (in demokratische Praxis)?

Eine These, die unter anderem auf die Sozialkapital-Forschung des US-Politikwissenschaftlers Robert Putnam zurückgeht, lautet: Je homogener, also gleicher, eine Gesellschaft ist,



man nicht durch sondern durch ht auch unschein-

desto mehr Vertrauen bzw. Sicherheit wird empfunden. Pluralität und damit verbundene Auseinandersetzung gelten laut Putnams Untersuchungen dagegen als Vertrauenshemmnis. Dem widerspricht Rainer Forst, Professor für Politische Theorie und Philosophie an der Goethe-Universität Frankfurt und Co-Sprecher der Forschungsinitiative »ConTrust – Vertrauen im Konflikt«. Er macht einen Punkt in der Debatte stark: Unterschiedlichkeit und Konflikt schließen Vertrauen keineswegs aus. Entscheidend ist, wie man beides strukturiert und verhandelt.

Was sich in Organisationen ändern muss

Dieser Gedanke lässt sich gut auf Mitgliederorganisationen übertragen, denn: Demokratien – und eben auch kleinere demokratische Systeme wie ein Verein – funktionieren nur dann, wenn Konflikte so ausgetragen werden, dass sie am Ende das Vertrauen stärken. In der Praxis bedeutet das: Nicht die Kontroverse um die Ausrichtung des nächsten Vereinsfests ist das Problem. Die wahre Schwierigkeit entsteht, wenn es an Bereitschaft und Formaten fehlt, um fair und lösungsorientiert darüber zu verhandeln. Dominieren in jeder Vorstandssitzung die gleichen zwei, drei Stimmen, kommen Minderheitsmeinungen erst gar nicht zur Sprache oder werden Entscheidungen als fertiges Ergebnis und nicht als Aushandlungsprozess präsentiert, entsteht kein Vertrauen. Ganz gleich, wie harmonisch die Oberfläche wirken mag. Hier können Organisationen ansetzen, indem sie sowohl ihr Selbstverständnis als auch ihre Routinen überprüfen, um Veränderungen herbeizuführen. Bei diesem Erkenntnisprozess helfen Engagierte im Rahmen des Programms »Zusammenhalt durch Teilhabe«.

Auch auf unsere Gesellschaft als Ganzes lässt sich diese Einsicht zurückspiegeln. Das betont Dr. Volker Ullrich, Vizepräsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Was helfen würde, um das Vertrauen der Menschen in die Demokratie zurückzugewinnen und zu halten, beschreibt er so: »Ich glaube, dieser Vertrauensverlust hat etwas mit Verlusterwartungen zu tun. Mit der Frage: ›Werden es meine Kinder einmal besser haben als ich selbst?‹ Es geht um Abstiegsängste, aber sicherlich auch um Gerechtigkeitslücken, die adressiert werden. Hier ist es die Aufgabe von politischer Bildung, einen Diskurs zu bereiten, damit keine Debatte entsteht, die sich auf falsche Tatsachen, auf Raunen oder Verschwörungen stützt.«

Das Bundesprogramm »Zusammenhalt durch Teilhabe« versteht Ullrich deshalb nicht nur als Angebot der Extremismusprävention, sondern vor allem als Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts: »Vereine und Verbände sind ein unglaublicher Schatz unseres Landes. Hier werden Werte gelebt und Strukturen geschaffen, die für das Funktionieren unserer Gesellschaft unverzichtbar sind – und die der Staat selbst nicht leisten kann. Deshalb ist jede Unterstützung viel wert.«

Vertrauen entsteht im Alltag

Zu Beginn dieses Beitrags ging es um viele kleine Schritte, die Demokratien schleichend erodieren lassen, sodass sich der genaue Kipppunkt kaum mehr bestimmen lässt. Das Gute an diesem Negativszenario: Es wirkt auch in die andere Richtung. Demokratie stärkt man nicht durch den einen großen Wurf, sondern durch viele kleine, vielleicht auch unscheinbare Momente. Eine Vorstandssitzung im Verein, in der wenig gehörte Stimmen Priorität auf der Tagesordnung bekommen. Oder eine Mitgliederversammlung, die einen Streit übersteht, ohne dass Menschen wütend den Raum verlassen. Positive Beispiele wie diese entscheiden zwar nicht über den Fortbestand einer Demokratie im Ganzen. Aber sie sorgen dafür, dass Menschen der Demokratie im Kleinen weiter etwas zutrauen. Und dass sie dadurch auch den großen Herausforderungen unserer Zeit widerstandsfähiger begegnen.

Podcast

Ortsgespräche



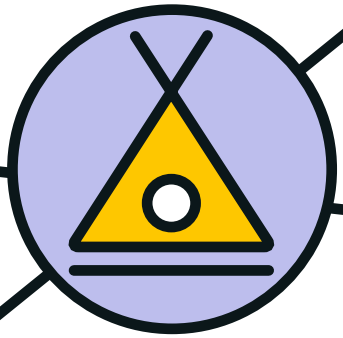
»Ortsgespräche« ist der neue Podcast des Bundesprogramms »Zusammenhalt durch Teilhabe«. Sieben Folgen loten aus, wie sich Demokratie in Vereinen und Verbänden stärken lässt. Episode 2 geht der Frage nach, ob wir gegenwärtig von einer Demokratiekrise sprechen können – und sucht Wege heraus. Der Podcast ist am 5. November gestartet.

bpb.de/ortsgespraeche

DEMOKRATIE BLEIBT HAND-ARBEIT

→ *Aufgezeichnet von* **Janina Martens**

Wer Menschen erreichen will, muss zu ihnen gehen. Fünf Akteurinnen und Akteure der politischen Bildung berichten, wie das gelingt – mit Formaten, die so unterschiedlich sind wie die Menschen, für die sie gemacht sind.



Teilhabe im Tipi

Robert-Tillmanns-Haus e.V. und Teepeeland e.V.

Niko Rollmann, Geschäftsführer RTH e.V.

Würden wir ins Programm »Seminar« schreiben oder fünf Euro Eintritt verlangen, kämen die Leute nicht. Politische Bildung soll alle erreichen, läuft aber oft Gefahr, ein »Preaching to the Converted« zu sein, weil sie meist bei denen ankommt, die sich ohnehin schon dafür interessieren. Wer obdachlose Menschen oder Personen mit schwierigen Bildungsbiografien erreichen möchte, muss den Zugang niedrigschwellig halten.

Die informelle Siedlung »Teepeeland« ist dafür ideal: Seit 2012 existiert sie als offener, alternativer Ort; acht bis zehn Menschen leben hier in Zelten am Spreeufer basisdemokratisch zusammen. Es gibt eine Bühne mit kostenlosem Kulturprogramm und inzwischen auch politische Bildungsangebote: Wir verbinden Vorträge mit Musik und Fotografien, diskutieren über urbane Themen wie Rap, Punk, Stadtpolitik oder Flucht, soziale Ungleichheit und Selbstbestimmung, zeigen auch Dokumentarfilme. Ich bin seit fast 20 Jahren in der Geschäftsführung des Robert-Tillmanns-Hauses tätig, einem Urgestein der Erwachsenenbildung in Berlin. Das »Teepeeland« habe ich zufällig entdeckt und den Trägerverein mitgegründet.

Unsere Veranstaltungen stehen allen offen und werden gut angenommen, weil der Ort und wir eine gewisse »Street Credibility« haben, also Nähe zu den Menschen und ihrer Lebensrealität. Die Leute können auch einfach eine halbe Stunde zuhören und dann weiterziehen.

Nach den Veranstaltungen kommen wir an der Bar oft mit Besuchern ins Gespräch, die sonst mit politischer Bildung nie in Berührung kämen. Da fallen Sätze wie »Ich geh nicht wählen, bringt eh nichts«, oder es werden Verschwörungstheorien erzählt. Ich frage nach und kläre auf, wenn es geht, und hoffe, dass dieser Austausch bei den Menschen das Vertrauen in demokratische Teilhabe wieder stärkt.

In Zeiten düsterer globaler Makrotrends tut es gut, im Kleinen etwas bewegen zu können. Mit meiner Arbeit versuche ich, Bewusstsein zu schaffen, zum Beispiel für die oft unsichtbare Obdachlosigkeit von Frauen oder für einen bewussten Sprachgebrauch: Wir sagen »obdachlose Menschen« statt »Obdachlose«, weil eine Notlage nicht die Identität bestimmt.

Robert-Tillmanns-Haus e.V.
Der Verein ist anerkannter Träger der bpb. Seit knapp 60 Jahren vermittelt er deutsche Geschichte und Politik an authentischen Orten in Berlin und zeigt die Hauptstadt abseits bekannter Pfade. Regelmäßig bietet er Veranstaltungen auf dem Gelände des nichtkommerziellen Nachbarschaftsprojekts »Teepeeland« an, um niedrigschwellige Angebote der politischen Bildung zu schaffen.
www.rth-berlin.com

Meister statt Master

JoinPolitics gGmbh

Lennart Heickmann,
Senior Scouting Manager

Motivierte Menschen mit Gestaltungsenergie gibt es viele. Nur holen die Parteien sie meistens nicht ab: Wer in die Politik will, muss oft eine langwierige Ochsentour absolvieren und bekommt kaum Unterstützung. Genau da setzen wir an. JoinPolitics wurde 2019 gegründet, um politischen Talenten den hürdenreichen Einstieg zu erleichtern.

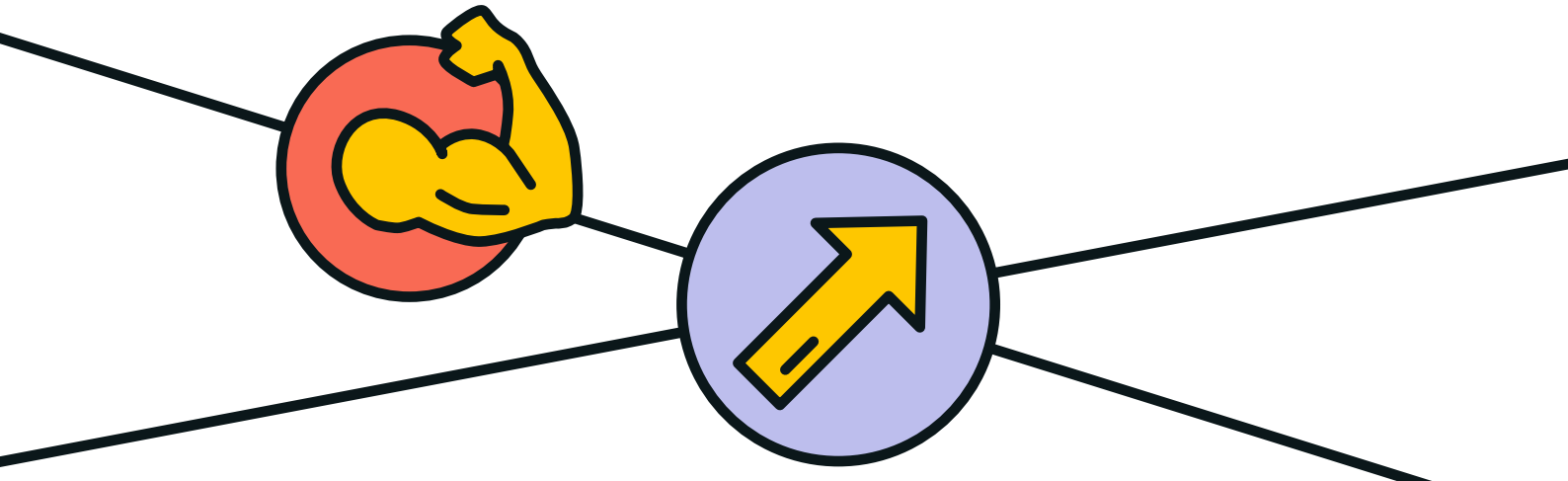
Ich selbst bin seit rund drei Jahren im Team. Als Scouting Manager suche ich nach Menschen, die etwas bewegen wollen. Wer in unser Hauptprogramm aufgenommen wird, bekommt konkrete Unterstützung: In einem Bootcamp vermitteln wir das Handwerkszeug, von Rhetorik über Social Media bis zu Fundraising und Resilienztraining. Bei Bedarf zahlen wir ein Lebenshaltungsstipendium oder finanzieren Projektkosten, außerdem hilft unser großes Netzwerk. Viele Talente setzen ihre Vorhaben erfolgreich um oder schaffen es in ein politisches Amt. Eine unserer bekanntesten Ehemaligen ist Verena Hubertz, die heutige Bundesbauministerin.

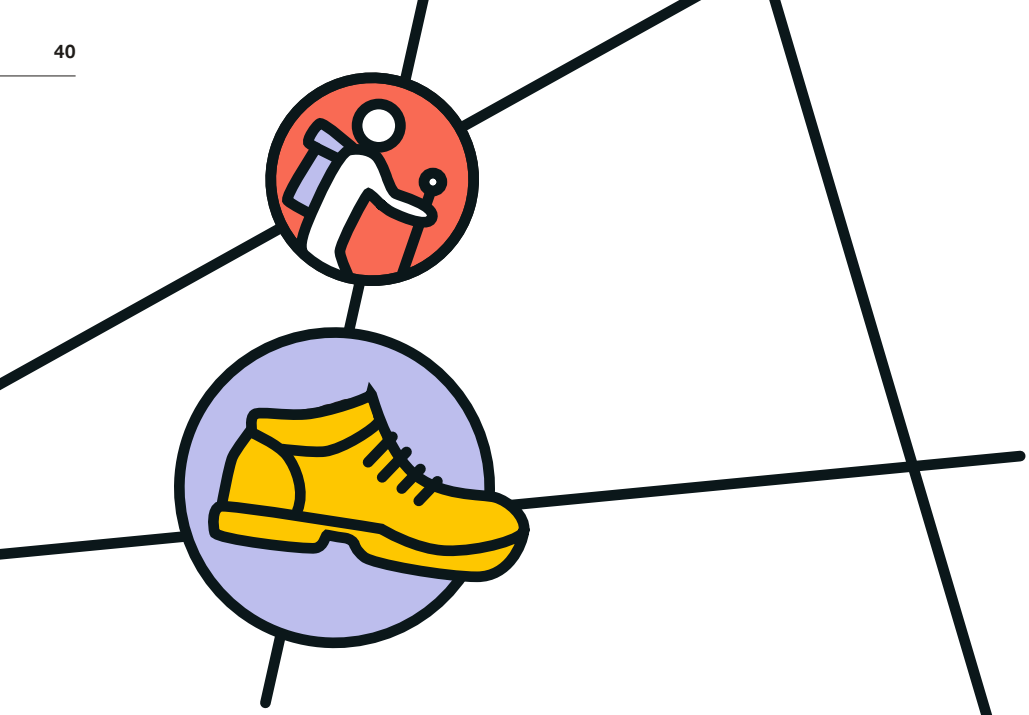
Wir arbeiten parteiübergreifend, unter einer klaren Bedingung: demokratisch und proeuropäisch. Wir glauben daran, dass Demokratie von Parteienvielfalt lebt. Die Menschen, die wir fördern, können einer Partei angehören, müssen es aber nicht. Manche gründen auch Initiativen, Vereine oder bringen Petitionen auf den Weg.

Besonders schwer haben es im Politikbetrieb Menschen ohne akademischen Hintergrund. Deshalb haben wir mit Fördermitteln der bpb das Projekt »Politisches Handwerk lernen« gestartet, um gezielt Nichtakademikerinnen und Nichtakademiker zu erreichen. Online und offline haben wir Vorbilder gezeigt, wie Tischlermeisterin Johanna Röh, die sich für einen gesetzlich verankerten Mutterschutz für Selbstständige einsetzt, oder Nora Seitz, Fleischermeisterin und heute Bundestagsabgeordnete. Solche Vorbilder zu erleben, baut Berührungsängste ab und stärkt Vertrauen.

In meinem Job spreche ich jeden Tag mit Menschen, die sich trotz aller Hürden im Politikbetrieb nicht entmutigen lassen und sagen: »Jetzt erst recht!« Das gibt mir selbst Mut und Zuversicht.

JoinPolitics gGmbH
Das parteiübergreifende Talentförderwerk unterstützt seit 2020 Menschen mit politischen Ideen und hilft ihnen dabei, daraus konkrete Projekte zu entwickeln. Das sechsmonatige Förderprogramm verbindet praxisorientierte Lernformate mit individueller Begleitung und dem Austausch mit erfahrenen politischen Coaches. Einzelne Initiativen erhalten dabei Förderungen durch die bpb.
www.joinpolitics.org





Über Grenzen gehen

Schloss Trebnitz e.V.

Susen Hollmig,
Koordinatorin Erwachsenenbildung

Durch die Altstadt spazieren, eine neue Kultur entdecken und dabei etwas über Frauenrechte lernen: Bei unserer Bildungsreise »Diven, Suffragetten und Powerfrauen« in Krakau verbinden wir all das. Polnische Aktivistinnen, Politikerinnen und Künstlerinnen geben Impulse und diskutieren mit der Gruppe. Am Ende sind die Teilnehmenden so inspiriert, dass sie sich selbst gesellschaftlich mehr einbringen wollen.

Und genau das ist eines unserer Anliegen: Gestaltungsräume sichtbar zu machen. Unsere Jugend- und Erwachsenenbildungsstätte liegt im ländlichen Brandenburg, nahe der polnischen Grenze. So ist der deutsch-polnische Austausch seit jeher ein Kern unserer Arbeit: Wir bieten Begegnungsprojekte für Jugendliche auf dem Schloss an, Polnischkurse und Bildungsreisen. Ich arbeite seit 2016 hier, mittlerweile in der Koordination der Erwachsenenbildung.

Im Programm haben wir etwa ein Rhetoriktraining; dort lernt man, besser für die eigenen Interessen und die Demokratie einzutreten. Eines meiner Herzensprojekte ist unser Wanderwochenende, bei dem wir von Trebnitz nach Wulkow wandern, einem ehemaligen Außenlager von Theresienstadt. Auf dem Weg dorthin sprechen wir über den Nationalsozialismus und die Biografien von Häftlingen. Beim letzten Mal waren einige Teilnehmende danach so berührt, dass sie sich seitdem ehrenamtlich im Arbeitskreis Wulkow engagieren.

Natürlich nehmen unsere Angebote vor allem Menschen wahr, die ohnehin politisch interessiert sind. Aber über Formate wie die Wanderungen erreichen wir auch immer wieder andere Gruppen. Wir setzen auf Partizipation, gehen flexibel auf die Teilnehmenden ein und sorgen für eine herzliche, vertrauensvolle Atmosphäre. Wenn Menschen bei uns in den Projekten erleben, dass ihre Ideen, Anliegen und Bedürfnisse zählen, kann das im besten Fall auch das Gefühl von Selbstwirksamkeit und Mitbestimmung stärken.

Schloss Trebnitz
Bildungs- und Begegnungszentrum e.V.
Brandenburgs einzige anerkannte Jugend- und Erwachsenenbildungsstätte ist in einem historischen Gutsensemble nahe der polnischen Grenze untergebracht. Als Bildungs- und Kulturort im ländlichen Raum stärkt der Verein zivilgesellschaftliches Engagement und deutsch-polnische Zusammenarbeit. Der Verein ist Teil des bundesweiten Netzwerks anerkannter Bildungsträger der bpb.
www.schloss-trebnitz.de

Hier wird nicht geflüstert

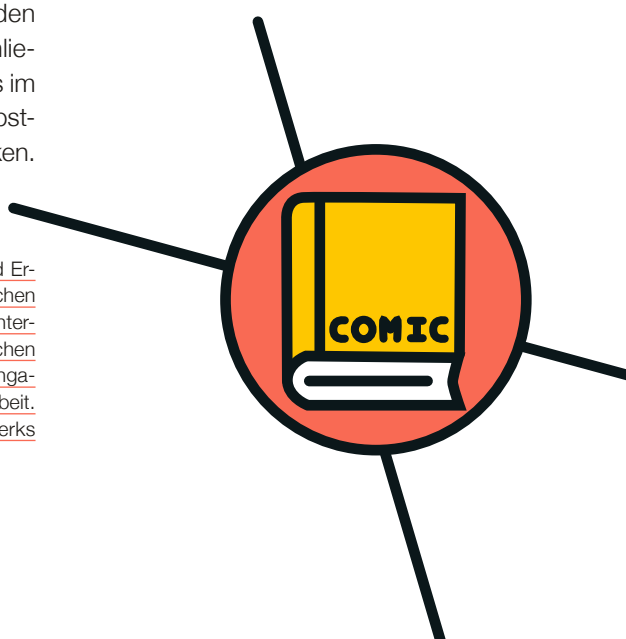
StadtBibliothek Pirna

Anja Habelt, Bibliotheksleiterin

Bibliotheken sind einer der wenigen Orte, an denen man einfach »sein« darf. Hier sind alle willkommen, ohne Eintritt zahlen oder etwas konsumieren zu müssen. Deshalb sind es wunderbare Orte für Demokratieförderung – und dafür setze ich mich ein, seit ich im Juni 2024 die Leitung der StadtBibliothek Pirna übernommen habe. Pirna hat knapp 40.000 Einwohnerinnen und Einwohner, liegt im Speckgürtel von Dresden und ist das Tor zur Sächsischen Schweiz. Gerade hier im ländlichen Raum braucht es demokratiestarke Einrichtungen.

Unsere Bibliothek ist in einem schönen alten Gebäude untergebracht und alles andere als ein verstaubter Büchertempel: Wir sind ein lebendiger Ort und bringen Menschen zusammen. Besonders freue ich mich, wenn die Besucherinnen und Besucher unserer Veranstaltungen ihre Meinung frei äußern. Es geht um Perspektivenvielfalt und die Fähigkeit, Spannungen auszuhalten, andere Sichtweisen zu akzeptieren.

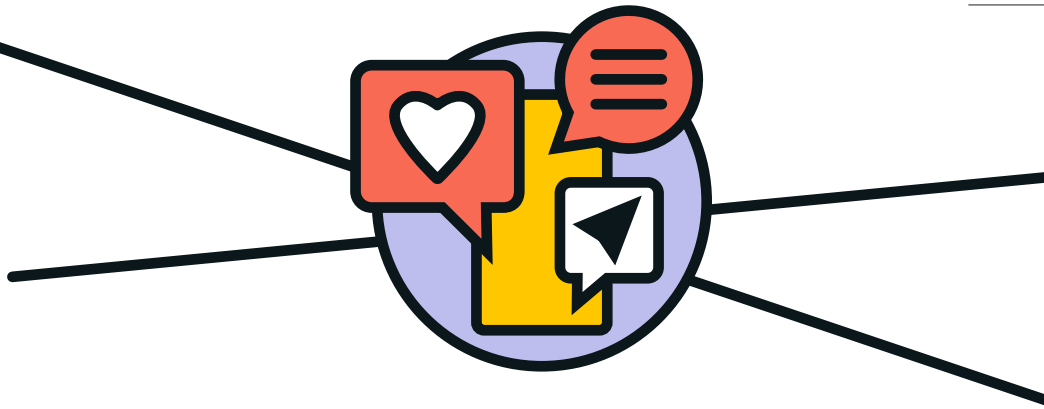
Um all das zu fördern, haben wir auch am Bibliotheksprojekt »Land.schafft.Demokratie« der bpb teilgenommen. Das



hat uns ermöglicht, fünf besondere Veranstaltungen kostenlos anzubieten, neue Zielgruppen zu erreichen und Anregungen für andere unserer Formate zu erhalten. Höhepunkte waren die Lesungen von Arne Semsrott aus seinem Buch *Gegenmacht: Die Zivilgesellschaft schlägt zurück* und zum Projektauftakt die Vorstellung von Michael Pauls Roman *Die Trostbriefschreiberin*, der das Thema der »Euthanasie«-Morde der Nationalsozialisten behandelt. In Pirna ist das beklemmend relevant, denn hier befand sich während des NS-Regimes eine der Tötungsanstalten.

Im Programm hatten wir auch einen Comiczeichenkurs für Kinder. Man fragt sich vielleicht: Warum das in einem Demokratieprojekt? Dabei ging es unter anderem darum, die Kinder dafür zu sensibilisieren, genau hinzuschauen, etwa an der Mimik einer Person zu erkennen, ob jemand wütend oder traurig ist. Das schult Wahrnehmung und Empathie. Politische Bildung bedeutet für mich, nicht nur Sachwissen zu vermitteln, sondern eben auch Kompetenzen wie Wahrnehmen und Hinterfragen, die essenziell für demokratische Teilhabe sind.

StadtBibliothek Pirna
Mitten in Pirnas Altstadt, in einem historischen Bürgerhaus, ist der Sitz der Bibliothek. 2025/26 war sie eine von 15 geförderten Bibliotheken im bundesweiten bpb-Projekt »Land.schafft.Demokratie« und wurde für Lesungen, Workshops und Gespräche zum Ort für Austausch und demokratisches Miteinander.
www.pirna.de/pirna-erleben/kultur/bibliothek/landschafftdemokratie



Politische Bildung im Hochformat

AVP e.V. – Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive

Matthias Focks, Geschäftsführung

Wer Jugendliche erreichen will, muss dorthin, wo sie sind: ins Netz. Drei bis acht Stunden verbringen junge Menschen täglich online. Unsere Präventions- und Bildungsarbeit muss also auch auf TikTok, Instagram, Snapchat und so weiter stattfinden. Das nennt sich »Online-Streetwork«.

Ich bin seit 2014 beim AVP, inzwischen in der Geschäftsführung. Der Verein wurde 2002 als Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Düsseldorf gegründet. Heute arbeiten wir bundesweit in der politischen Bildung, veranstalten Workshops an Schulen, bieten soziale Leistungen an und engagieren uns auch international in der humanitären Hilfe.

Einer unserer Schwerpunkte ist seit dem Anschlag 2016 am Berliner Breitscheidplatz die Islamismusprävention. Die Bedrohung ist akut. Innerhalb weniger Wochen kann sich ein junger Mensch online radikalisieren. Mithilfe von Künstlicher Intelligenz beobachten wir deshalb mehr als 850 islamistisch geprägte Kanäle und sind in über 500 davon aktiv. Unser Team postet dort Videos mit Gegennarrativen, stellt kritische Fragen und tritt in den Dialog.

Natürlich fühlt sich das oft wie ein Tropfen auf den heißen Stein an. Aber unsere Arbeit wirkt: Wir erreichen in den Foren oft Tausende Mitlesende, und eine Evaluation hat gezeigt, dass sich die kommunizierten Weltbilder nach unseren Interventionen spürbar öffnen.

Dazu müssen wir viel Content produzieren, schnell sein und tagesaktuell reagieren, denn mit unseren Aufklärungsangeboten im Netz konkurrieren wir mit der gesamten Unterhaltungsindustrie um die Aufmerksamkeit der Jugendlichen. Wir setzen dazu auch auf Peer-Ansätze: Im Projekt CEOPS etwa haben wir junge Erwachsene zu Online-Streetworkern geschult, die Content in ihren eigenen Netzwerken verbreitet haben.

Viele Jugendliche interessieren sich für Politik, fühlen sich aber ungehört. Mit unseren Angeboten wollen wir ihnen Handlungsmacht zurückgeben. Deshalb schaffen wir online wie offline Räume, in denen sie selbst mitwirken und erleben, dass unterschiedliche Meinungen kein Problem, sondern der Kern demokratischen Aushandelns sind.

AVP e.V. – Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive
Die Düsseldorfer Organisation ist ein anerkannter Träger der bpb und bundesweit in der politischen Bildung, Demokratieförderung und Extremismusprävention aktiv. Die dialogorientierten, digitalen und innovativen Formate richten sich an junge Menschen, Multiplikator/-innen sowie pädagogische Fachkräfte und stärken demokratische Handlungskompetenz.
www.a-v-p.org

Politische Bildung für alle!

Ob Veranstaltungen, Bücher, Zeitschriften, didaktische Materialien oder die Online-Angebote der bpb: Eine aktuelle Auswahl aus dem vielseitigen Programm finden Sie auf den nächsten Seiten.

Viel Spaß beim Stöbern und Entdecken!

Veranstaltungen S. 42–43
Online-Angebote S. 44–45
Publikationen S. 46–49

bpb: veranstaltungen

www.bpb.de/veranstaltungen

NOVEMBER

24.11. // Online
Veranstaltungsreihe
Digitale Eltern-LAN »Brawl Stars«
Für Eltern und pädagogische Fachkräfte
→ elternlan@bpb.de

25.11. // Online
Veranstaltungsreihe
KI am Mittag
Für Multiplikator/-innen
→ bpb.de/ki-am-mittag
tobias.fernholz@bpb.de

DEZEMBER

2.12. // Online
Veranstaltungsreihe
Digitale Eltern-LAN »Roblox«
Für Eltern und pädagogische Fachkräfte
→ elternlan@bpb.de

3.12. // Rostock
Buchvorstellung
»Deutschlands radikale Rechte«
Für die interessierte Öffentlichkeit
→ bpb.de/veranstaltungen
martin.langebach@bpb.de

7.12. // Berlin
Veranstaltungsreihe
bpb:talk – Die USA nach den Midterm-Wahlen
Für die interessierte Öffentlichkeit
→ talk@bpb.de

9.12. // Online
Veranstaltungsreihe
KI am Mittag
Für Multiplikator/-innen
→ bpb.de/ki-am-mittag
tobias.fernholz@bpb.de

9.–11.12. // Bad Urach
Tagung
Beutelsbach – ein Konsens für die Gedenkstättenarbeit?!
Für Mitarbeitende von Gedenkstätten, Multiplikator/-innen der historisch-politischen Bildungsarbeit
→ Cornelius.kueckelhaus@lpb.bwl.de

2027

JANUAR

20.1. // Online
Veranstaltungsreihe
KI am Mittag
Für Multiplikator/-innen
→ bpb.de/ki-am-mittag
tobias.fernholz@bpb.de

FEBRUAR

3.2. // Berlin
Podiumsgespräch
Oligarchie der Zukunft
Für die interessierte Öffentlichkeit
→ kateryna.mishchenko@bpb.de

19.–21.2. // Hofgeismar
bpb:game jam 2027
Interdisziplinäre Teams entwickeln digitale Spiele mit Bildungsziel
Für Kreative und alle, die es werden wollen
→ gamejam@bpb.de

23.–27.2. // Hannover
Messestand der bpb
didacta 2027
Für Multiplikator/-innen sowie Bürger/-innen mit Interesse an Bildungs- und Lernangeboten
→ bpb.de/messeauftritte
messen@bpb.de

MÄRZ

11.–12.3. // Berlin
Workshop
Die Rückkehr der Oligarchie. Wie sich technische Revolutionen und finanzielle Patronage auf Kunst und Kultur auswirken
Für die interessierte Öffentlichkeit
→ kateryna.mishchenko@bpb.de

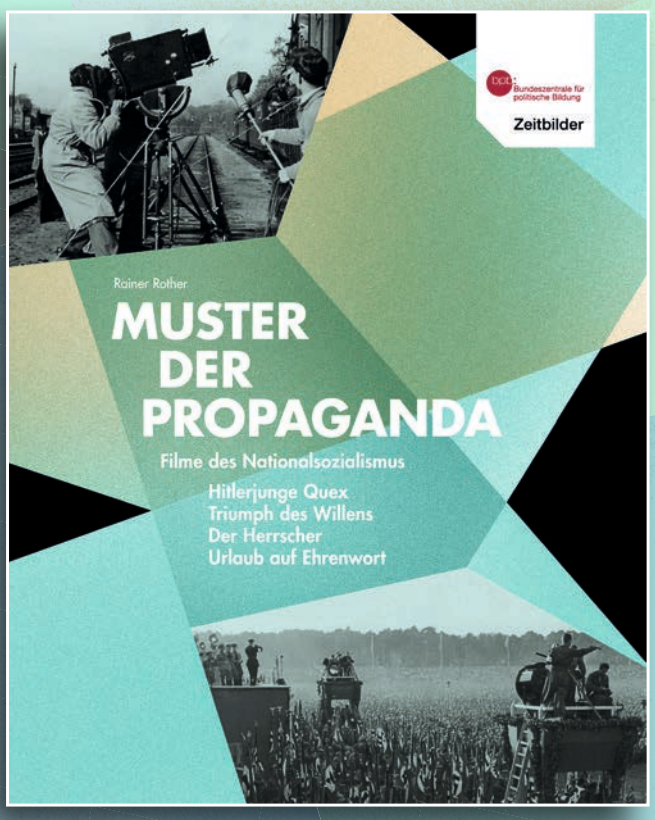
18.–21.3. // Leipzig
Messestand der bpb
Leipziger Buchmesse 2027
Für Multiplikator/-innen sowie Bürger/-innen mit Interesse an Bildungs- und Lernangeboten
→ bpb.de/messeauftritte
messen@bpb.de

Rainer Rother

MUSTER DER PROPAGANDA

Filme des Nationalsozialismus

„Nicht nur inhaltlich, sondern auch in seiner Gestaltung ist das mit zahlreichen Abbildungen und Quellenmaterial ausgestattete großformatige Buch eine Glanzleistung … Es eignet sich auch vorzüglich für die Bildungsarbeit.“ (epd Film)



Rainer Rother analysiert den Film als wirkungsvolles Medium ideologischer Manipulation. Anhand ausgewählter Filme, die zwischen 1933 und 1938 entstanden, zeigt der Autor, wie diese gezielt zur Machtsicherung des Führerstaates, zur Konstruktion einer „Volksgemeinschaft“ und zur Umdeutung von Geschichte eingesetzt wurden.

2026 | *3915* | 7,50 €

bpb.de/shop/zeitbilder

bpb:online
bpb.de

Online-Dossiers (Auswahl)

Online-Dossiers, Erklärvideos und Infografiken: Auf bpb.de beantworten wir Fragen rund um Politik, Gesellschaft und Zeitgeschichte.



Demografischer Wandel
Der demografische Wandel verändert die Bevölkerungsstruktur Deutschlands grundlegend. Das vollständig aktualisierte Online-Dossier bündelt die wichtigsten Daten, Forschungsbefunde und Debatten.

bpb.de/demografischer-wandel



250 Jahre USA
Von der Unabhängigkeitserklärung 1776 über die Verfassungsrealität 1787 bis zur politischen Praxis im Jahr 2026: Wie steht es nach 250 Jahren um die Ideale der ersten modernen liberalen Demokratie?

bpb.de/250-Jahre-USA



Rechtspopulismus
Als politische Kampfvokabel dient die Bezeichnung »Populist« auch der Diffamierung des Gegners. Doch gibt es Kriterien, mit denen die Politikwissenschaft versucht, das Phänomen des Rechtspopulismus möglichst trennscharf abzugrenzen.

bpb.de/rechtspopulismus



Energiepolitik
Die Energiepolitik spielt eine entscheidende Rolle, wenn Deutschland seine Klimaziele erreichen und gleichzeitig als Industriestandort zukunftsfähig sein will. Das Dossier bündelt Inhalte der bpb rund um das Thema Energiepolitik.

bpb.de/energiepolitik

Filme in der Mediathek (Auswahl)

In der bpb-Mediathek finden Sie Erklärfilme, Dokumentationen, Reportagen – und sogar Spielfilme. Unsere Highlights: bpb.de/film-highlights



World White Hate
Die für den Grimme-Preis 2026 nominierte, dreiteilige Dokumentationsreihe »World White Hate« zeichnet die internationale Vernetzung des rechtsextremen Terrors nach.

bpb.de/world-white-hate



Blickwinkel: Sexualisierte Gewalt
In Deutschland erlebt jede dritte Frau in ihrem Leben mindestens einmal physische oder sexualisierte Gewalt. Die Interview-Reihe beleuchtet das Hilfesystem, Herausforderungen bei Ermittlungen und Strafverfolgung.

bpb.de/blickwinkel-sexualisierte-gewalt



Werkstatt recherchiert
Das Reel-Format bespricht Trends und neue Entwicklungen der digitalen Bildung und erklärt Hintergründe. Es vermittelt Ideen für Unterricht und außerschulische Bildung und stellt nützliche Tools oder Accounts vor.

bpb.de/werkstatt-reels



Mach Mut
Die Kurzfilme stellen rassismus- und antisemitismuskritische Perspektiven in den Mittelpunkt. Sie wurden im Rahmen eines Filmbildungsprojektes für die Grundschule ausgewählt.

bpb.de/film-macht-mut

kurz & knapp (Auswahl)

Auf bpb.de finden Sie Lexika und Gesetzestexte zu Grund- und Fachbegriffen aus Politik und Wirtschaft sowie über 300 Info- und Themengrafiken zu verschiedenen Themengebieten.



Hintergrund aktuell
Wöchentlich greifen Texte und Interviews politische Ereignisse auf, zeigen die Konflikte hinter den Schlagzeilen und liefern entscheidende Fakten für ihr Verständnis.

bpb.de/hintergrund-aktuell



Zahlen und Fakten
Wie funktioniert Politik? Unsere Info- und Themengrafiken machen komplexe Zusammenhänge verständlich.

bpb.de/zahlen-und-fakten

Apps (Auswahl)

Politische Bildung to go – unsere kostenlosen Apps für Smartphone und Tablet machen Politik erlebbar: bpb.de/apps



Die Berliner Mauer
Diese App macht die Geschichte der Berliner Mauer erlebbar: von Mauerbau bis Mauerfall, mit Fotos, Videos, Texten, Tondokumenten und geführten Mauertouren.

bpb.de/berliner-mauer-app



Deine tägliche Dosis Politik
Wir liefern täglich Hintergrundinfos zu aktuellen und historischen Ereignissen direkt aufs Smartphone und beantworten deine Fragen zum Thema Politik.

bpb.de/dtdp

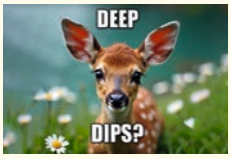
Webvideo-Formate (Auswahl)

Im Social Web und auf YouTube sind wir mit Eigen- und Kooperationsprojekten unterwegs.
Hier gibt es eine Übersicht, Hintergrundinfos und Materialien zu den Webvideo-Formaten: bpb.de/bewegtbild



#WirImIslam
Fünf TikTok-Creator/-innen teilen in acht Videos ihre Erfahrungen und Wahrnehmungen rund um die Themen Selbstbestimmung und Meinungsvielfalt in Bezug auf ihren Glauben.

bpb.de/wirimislam



Projekt deepdips
Sie faszinieren, irritieren und können täuschen: Deepfakes in Sozialen Medien. Das TikTok-Projekt »deepdips« zeigt mit KI-veränderten Videos, wie Deepfakes funktionieren und welche Gefahren mit ihnen verbunden sind.

bpb.de/deepdips



@generation_klartext
Der TikTok-Kanal beschäftigt sich mit Fragen rund um das Thema Rechtsextremismus, etwa wie sich dieser äußert, wie gefährlich er ist und wie man ihm begegnen kann.

tiktok.com/@generation_klartext



fluter ist bei TikTok
Der Social-Media-Kanal zum Jugendmagazin der bpb. Jede Woche gibt es neue Erklärvideos zu vielfältigen Themen rund um Politik, Kultur, Pop und Gesellschaft.

tiktok.com/@flutermagazin

Podcasts (Auswahl)

Mit unseren Podcasts und Hörspielen tauchen Sie ein in aktuelle und historische Themen.
Jetzt reinhören: bpb.de/podcasts



The Playbook
Wie greifen autokratische Kräfte Demokratien an? In sechs Folgen zeigen die beiden Hosts, wie Gerichte, Medien, Wahlen und Kultur unter Druck geraten – und wie wir uns dagegen wehren können.

bpb.de/theplaybook



APuZ
Im APuZ-Podcast geht es in jeder Folge um ein aktuelles Thema – mit Hintergründen und Einblicken, wissenschaftlich fundiert, kontrovers und überraschend.

bpb.de/apuz-podcast



»Was heißt schon alt?«
In der zweiten Staffel des »Landwärts«-Podcasts der bpb fragen wir in drei Folgen, wie sich eine alternde Demokratie verändert und was Menschen brauchen, um sich auch im Alter beteiligen zu können.

bpb.de/was-heisst-schon-alt



Exil
Basierend auf Sammlungen aus dem Archiv des Leo Baeck Institute erzählt der Podcast zwölf Geschichten deutschsprachiger Jüdinnen und Juden aus der Zeit des Nationalsozialismus.

bpb.de/exil

Weitere Online-Angebote (Auswahl)

Auch jenseits von bpb.de setzen wir uns online mit Politik auseinander – mal kindgerecht, mal für Jugendliche, mal mit dem Fokus auf ganz besondere Themen.

kinofenster.de

kinofenster.de
Das Filmbildungsportal der bpb bietet Texte, Medien und Unterrichtsmaterialien zu ausgewählten Kinofilmen und anderen Bewegtbildformaten oder zu filmspezifischen Themen.

kinofenster.de



Infodienst Radikalisierungsprävention
Informationen zur Prävention von Islamismus sowie zu (De-)Radikalisierung. In dem Online-Portal finden sich u. a. Fachtexte, Handreichungen, Veranstaltungstipps und ein Newsletter.

bpb.de/infodienst

fluter.

fluter.de
»fluter« ist das Jugendmagazin der bpb. Es beleuchtet Hintergründe und Diskussionen, liefert Argumente, zeigt Menschen und ihre Erfahrungen – aktuell und informativ.

fluter.de

euro|topics

eurotopics.net
Ein Thema – viele Meinungen: »euro|topics« gibt einen täglichen Überblick über aktuelle politische Debatten in mehr als 500 europäischen Print- und Online-Medien.

eurotopics.net

bpb: publikationen | Neuerscheinungen

bpb.de/shop

Bestellnummern (z. B. *10410*) sind jeweils *kursiv* gesetzt.

Schriftenreihe

Die *Schriftenreihe* bietet ein breites Themenspektrum aus Zeitgeschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt, Bildung und Kultur. Sie setzt auf drei Ebenen an: der Vermittlung von Wissen, der Begleitung aktueller gesellschaftlicher Diskurse und der Befähigung zur Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen.



10 Fragen zum Gendern. Populäre Annahmen wissenschaftlich aufgeklärt

Gabriele Diewald / Evelyn Ferstl / Carolin Müller-Spitzer (Hrsg.) / Jeanne Wellnitz (Red.)

Die Genderdebatte ist komplexer als ein einfaches Pro und Kontra und wird wissenschaftlich differenziert betrachtet. Das Buch beleuchtet zentrale Fragen zu Sprache, Geschlecht und Gesellschaft und stellt interdisziplinäre Erkenntnisse vor.

2026 | *11270* | 5 €



Wie Diktatoren stürzen und wie Demokraten siegen können

Marcel Dirsus

Mit welchen Mitteln versuchen diktatorische Regime, ihre Herrschaft zu stabilisieren? Und welche Faktoren tragen dazu bei, sie ins Wanken zu bringen? Der Politikwissenschaftler Marcel Dirsus gibt Einblicke anhand zahlreicher Beispiele.

2026 | *11342* | 5 €

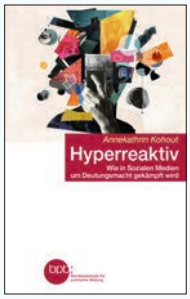


Allgemein abwesend? Zur Lage berufsbezogener politischer Bildung

Christine Engartner / Martin Kenner / Peter Zorn (Hrsg.)

Politische Bildung ist Teil der Allgemeinbildung. Welches Gewicht hat dieser Anspruch aber in der beruflichen Bildung?

2026 | *11251* | 5 €

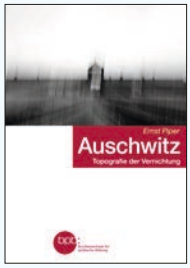


Hyperreaktiv. Wie in Sozialen Medien um Deutungsmacht gekämpft wird

Annekathrin Kohout

Die Kulturwissenschaftlerin Annekathrin Kohout analysiert, wie Soziale Medien auf starke Reaktionen ausgelegt sind – mit weitreichenden Folgen für gesellschaftliche Debatten über das Netz hinaus.

2026 | *11337* | 5 €



Auschwitz Topografie der Vernichtung

Ernst Piper

Ernst Piper gibt einen umfassenden Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu Auschwitz und seine historische Bedeutung. Das Buch zeigt das Zusammenspiel von nationalsozialistischer Herrschaft, rassistischer Vernichtung, Zwangsarbeit und wirtschaftlichen Interessen der Industrie.

2026 | *11199* | 5 €



Die Abschottung der Welt. Als Juden vor verschlossenen Grenzen standen 1933–1945

Susanne Heim

Die Historikerin Susanne Heim schildert eindringlich und beispielreich, wie internationale Solidarität versagte, als sie angesichts der Not verfolgter Jüdinnen und Juden am dringendsten gebraucht wurde.

2026 | *11380* | 5 €



Indien Porträt einer aufstrebenden Großmacht

Heribert Dieter

Der wirtschaftliche Aufstieg Indiens wird durch die demografische Entwicklung, den erfolgreichen Ausbau der Infrastruktur, aber auch die geopolitische Lage begünstigt. Der Ökonom Heribert Dieter untersucht die aktuellen Herausforderungen der indischen Politik.

2026 | *11370* | 5 €



Europa, die EU und ich Eine Reise ins Herz der europäischen Politik und Kultur

Kokopello

Der Comiczeichner Kokopello geht auf eine Reise durch Europa, um herauszufinden, wie die EU ihren Zusammenhalt auch gegenüber jenen Kräften stärken kann, die sie schwächen wollen.

2026 | *11352* | 7,50 €

Zeitbilder

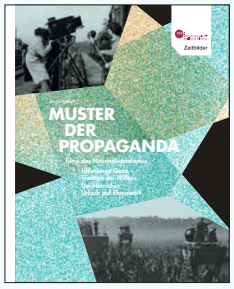
Die *Zeitbilder* stellen historische, gesellschaftliche und kulturelle Themen anschaulich und lebensnah dar. Sie machen neugierig auf das, was in Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur in Deutschland und der EU diskutiert und entschieden wird.



Deutschlands radikale Rechte 1945 bis 2025
Martin Langebach (Hrsg.)

Die radikale Rechte ist heute wieder allgegenwärtig. Doch ihre Geschichte beginnt nicht erst in der Gegenwart. Das Zeitbild zeichnet ihre Entwicklung nach, in West wie in Ost, von der Nachkriegszeit bis ins vereinte Deutschland – und fragt nach Kontinuitäten, Brüchen und dem Verhältnis zur deutschen Demokratie.

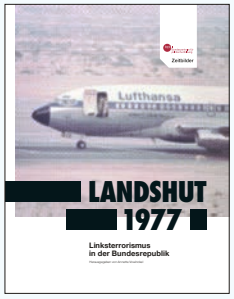
2026 | *3916* | 7,50 €



Muster der Propaganda Filme des Nationalsozialismus
Rainer Rother

Rainer Rother analysiert den Film als wirkungsvolles Medium ideologischer Manipulation. Anhand ausgewählter Filme, die zwischen 1933 und 1938 entstanden, zeigt der Autor, wie diese gezielt zur Machtsicherung des Führerstaates, zur Konstruktion einer »Volksgemeinschaft« und zur Umdeutung von Geschichte eingesetzt wurden.

2026 | *3915* | 7,50 €



Landshut 1977 Linksterrorismus in der Bundesrepublik
Annette Vowinckel (Hrsg.)

Die Entführung der Lufthansa-Maschine *Landshut* war ein Schlüsselereignis in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Beiträge zeichnen die Entwicklung des Linksterrorismus in den 1970er-Jahren nach und werfen Fragen der Erinnerung an die Ereignisse auf.

2026 | *3997* | 7,50 €



»Und wir werden in alle Winde verstreut«. Ausgrenzung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung Kölns aus Perspektive der Betroffenen
Martin Rüther

Zahlreiche Selbstzeugnisse der Betroffenen bieten einen Einblick in ihre Lebensbedingungen, ihre Ängste und immer wieder aufkeimende Hoffnungen.

2024 | *3912* | 7.50 €

Schriftenreihe für Kinder

Das Buchangebot für Kinder zwischen vier und zehn Jahren bietet vielfältige Themen rund ums demokratische Miteinander – und eine Menge Lesespaß. Die Reihe will Wissen vermitteln, aktuelle Fragen kindgerecht aufgreifen und junge Menschen in der Wahrnehmung ihrer Teilhabemöglichkeiten stärken.



Hier kommt keiner durch!
Isabel Minhós Martins / Bernardo P. Carvalho

Das Bilderbuch zeigt spielerisch auf, wie autoritäre Strukturen funktionieren, aber auch, wie sie ins Wanken gebracht werden können, wenn sich viele Menschen zusammenschließen.

2026 | *11326* | 3 €



Wie ein Foto unser Leben rettete. Die wahre Geschichte der Familie Mandil
Maya C. Klinger / Isabel Kreitz

In dem Kinderbuch wird die wahre Geschichte der jüdischen Familie Mandil erzählt, die vor den Nationalsozialisten flieht und bei einer Familie in Albanien Schutz und Hilfe findet.

2026 | *11325* | 3 €

Pocket

Die Länderporträts im *Pocket*-Format bieten einen Einstieg in Geschichte, Politik und Gesellschaft eines Landes – handlich und für jede Reisetasche geeignet.



Pocket Frankreich
Matthias Waechter

Was prägt Frankreich heute politisch, wirtschaftlich und kulturell? Matthias Waechter ordnet historische und aktuelle Entwicklungen ein, erklärt das politische System und beschreibt das kulturelle Selbstverständnis unseres Nachbarlandes.

2026 | *2568* | 5 €

bpb: zeitschriften | didaktische materialien | dvds

bpb.de/shop

Bestellnummern (z. B. *10410*) sind jeweils *kursiv* gesetzt.

Aus Politik und Zeitgeschichte (kostenlos)



APuZ erscheint seit 1953 als Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. Jede Ausgabe nimmt jeweils ein Thema aus verschiedenen Perspektiven in den Blick.

bpb.de/apuz

Zuletzt erschienen:

- **Politische Bildung** (2026) | *72643*
- **Ungarn** (2026) | *72642*
- **Reparationen** (2026) | *72641*
- **Berufsschule** (2026) | *72640*

fluter (kostenlos)



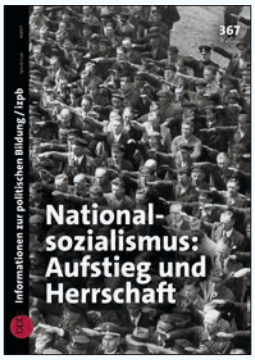
»fluter« ist das Jugendmagazin der bpb. Es beleuchtet Hintergründe und Diskussionen, liefert Argumente, zeigt Menschen und ihre Erfahrungen.

bpb.de/fluter

Zuletzt erschienen:

- **Feiern** (2026) | *58100*
- **Fußball** (2026) | *5899*
- **Krank** (2026) | *5898*
- **Weltraum** (2025) | *5897*
- **Schönheit** (2025) | *5896*

Informationen zur politischen Bildung (kostenlos)



Die »Informationen zur politischen Bildung / izpb« – ein bpb-Klassiker. Die »schwarzen Hefte« erscheinen vierteljährlich, können im Abo bezogen oder einzeln bestellt werden.

bpb.de/izpb

Zuletzt erschienen:

- **Nationalsozialismus: Aufstieg und Herrschaft** (2026) | *4367*
- **Europäische Union** (2026) | *4366*
- **Bevölkerungsschutz** (2026) | *4365*
- **Revolution von 1848/49** (2025) | *4364*

Info aktuell (kostenlos)



Die kleine Schwester der »Informationen zur politischen Bildung«: Sie wird als kurze, informative Sonderausgabe zu aktuellen und für den Politikunterricht relevanten Fragen veröffentlicht.

bpb.de/geschichtskultur

Zuletzt erschienen:

- **Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024** (2024) | *4041*
- **Geschichtskultur im Unterricht** (2023) | *4040*
- **Katar** (2022) | *4039*

Themen und Materialien (kostenlos)



Die Ausgaben der Reihe bieten eine umfassende Sammlung von Arbeitsmaterialien zu größeren Themengebieten für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit.

bpb.de/themen-und-materialien

Zuletzt erschienen:

- **Wirtschaft plural** (2024) | *2497*
- **Das Wesen der Erfahrung** (2023) | *2496*

Themenblätter im Unterricht (kostenlos)



Die Arbeitsblätter für ein bis zwei Doppelstunden zu aktuellen Themen aus Politik und Gesellschaft sind gedruckt, als ausfüllbare PDFs und als offene Dateien nutzbar.

bpb.de/themenblaetter

Zuletzt erschienen:

- **Antisemitismus entgegentreten** (2026) | *5732*
- **Wasser!** (2026) | *5731*
- **Autoritäre Politik** (2026) | *5730*

Thema im Unterricht/Extra (kostenlos)



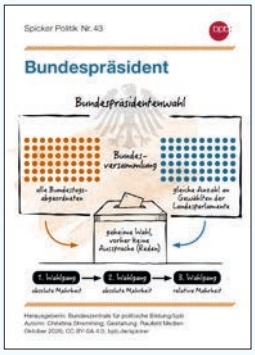
Die Mappen behandeln auf 20 bis 36 Arbeitsblättern grundlegende Themen für den gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht und sind auch als ausfüllbare PDFs verfügbar.

bpb.de/thema-im-unterricht

Zuletzt erschienen:

- **Europa für Einsteiger** (2023) | *5306*
- **Medien für Einsteiger** (2022) | *5480*
- **Methoden-Kiste** (2020) | *5340*
- **Kniffbox Politik** (2020) | *5630*

Spicker (kostenlos)



Das Lexikon zum Selberbasteln! Alle wichtigen Informationen zu grundlegenden Themen aus Politik und Gesellschaft zusammengefasst auf einer DIN-A4-Seite.

bpb.de/spicker

Zuletzt erschienen:

- **Bundespräsident** (2026)
- **Nationalsozialismus** (2026)
- **Bundesregierung** (2026)
- **Bundeswehr** (2025)

Falter und Zeitleisten (kostenlos)



Die Falter und Zeitleisten im großen A0-/A1-Format bereiten auf einen Blick politische und historische Themen lebendig und verständlich auf.

bpb.de/falter

Zuletzt erschienen:

- **Der Nahostkonflikt** (2025) | *5451*
- **Die Bundespräsidenten und Bundeskanzler/-in der BRD** (2025) | *5449*
- **Wahlrecht in Deutschland** (2025) | *5434*

einfach POLITIK (kostenlos)



Die Hefte und Hörbücher erklären Politik in einer einfachen Sprache. Sie sind verständlich für alle – auch für Menschen, denen das Lesen schwerfällt oder die Deutsch lernen.

bpb.de/einfach-politik

Zuletzt erschienen:

***einfach* POLITIK:**

- **Erde und Menschen** (Neuauflage 2026) | *9407*
- **Europa** (2026) | *9711*
- **Das Grundgesetz. Die Grundrechte** (7. Auflage 2026) | *9427*

HanisauLand



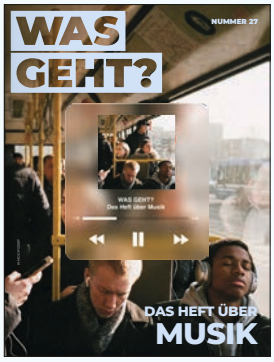
»HanisauLand« ist ein multimediales Angebot für Kinder und Jugendliche im Alter von 8 bis 14 Jahren: Information, Interaktion, Unterhaltung und Materialien für die Schule.

hanisauland.de

Zuletzt erschienen:

- **Kinderrechte – Deine Rechte** (2026)
- **Religionen und miteinander leben in Deutschland – jetzt versteh ich das!** (2025) | *5647*

WAS GEHT? (kostenlos)



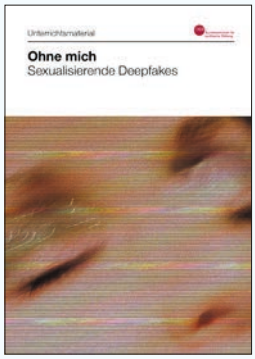
Die Hefte zeigen Jugendlichen, wo überall in ihrem Alltag Politik steckt. Das Begleitheft für Pädagog/-innen bietet Anregungen für die Arbeit mit dem Heft im Unterricht.

bpb.de/was-geht

Zuletzt erschienen:

- **Das Heft über Musik** (2026) | *9760*
- **Das Heft über Arbeit und Beruf** (2025) | *9683*
- **Das Heft über Flucht und Asyl** (2024) | *9681*

Medienpädagogische Angebote (kostenlos)



Nicht-einvernehmliche sexualisierende Deepfakes sind mittlerweile auch an Schulen weit verbreitet. Diese Unterrichtseinheit möchte Lehrkräfte bei der Behandlung des Themas unterstützen.

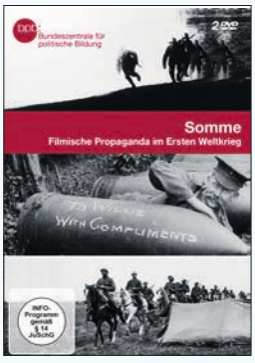
bpb.de/ohne-mich



Zur Web-App »Der Newstest« sind nun auch didaktische Materialien für die Einbindung in den Unterricht und weitere Angebote erhältlich, um die Nachrichtenkompetenz zu stärken.

der-newstest.de/materialien

DVDs

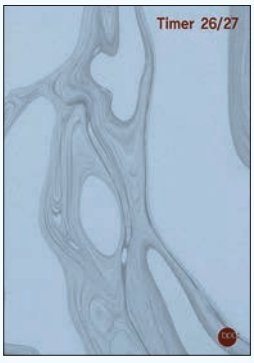


Dokumentarfilme und Dramaserien, Lern-DVDs oder Filmklassiker. Das und noch viel mehr bietet die bpb auf DVD. Darüber hinaus gibt es CD-ROMs und Hörbücher auf CD.

Zuletzt erschienen:

- **Waldheims Walzer** (2020) | *1982* | 7,50 €
- **Somme. Filmische Propaganda im Ersten Weltkrieg** (2020) | *1975* | 7,50 €
- **Krieg der Träume** (2019) | *1981* | 5 €
- **Der Krieg und ich** (2019) | *1980* | 7,50 €

Timer – Notizkalender



Spannende Fakten zu historischen Ereignissen und Wissenswertem aus aller Welt sowie zu den 53 Sprachen der Woche. Der praktische Serviceteil bietet Lern- und Bewerbungstipps, Landkarten, Stundenpläne und vieles mehr.

Der Kalender gilt immer von Juli bis Juli des folgenden Jahres.

Mehr Infos unter: bpb.de/timer

Mein *Wohlfühlort*

Egal ob im Park, im Café oder in der Bibliothek – wo fühlen Sie sich außerhalb der eigenen vier Wände geborgen und zu Hause? Beschreiben oder zeichnen Sie Ihren persönlichen Wohlfühlort und was ihn besonders macht.



Sagen Sie es uns!
Einfach unseren Vordruck ausfüllen und abschicken – entweder ausgeschnitten im Briefumschlag mit dem Betreff »Gewinnspiel bpb:magazin 29« (Kontaktdaten siehe Impressum) oder als Foto per E-Mail an: magazin@bpb.de. Unter allen Einsendungen verlosen wir ein Buchpaket. Einsendeschluss ist der 31. Januar 2027.

Impressum

Herausgeberin:
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn
magazin@bpb.de
bpb.de

So erreichen Sie uns:
Tel. +49 (0)228 99515-0
Fax +49 (0)228 99515-113
info@bpb.de
facebook.com/bpb.de
x.com/bpb_de
instagram.com/bpb_de
https://social.bund.de/@bpb
bsky.app/profile/bpb.de
linkedin.com/company/bundeszentrale-fuer-politische-bildung/

Redaktionsleitung:
Miriam Vogel (V.i.S.d.P.), Nicolas Rose (verantwortlich)

Redaktionsteam:
Alessandra D'Addetta, David Galanopoulos, Katharina Reinhold

Vielen Dank allen Kolleginnen und Kollegen, die sich mit inhaltlicher und grafischer Beratung sowie Informationen eingebracht haben.

Lektorat:
Yvonne Paris, Bad Neuenahr

Gesamtgestaltung:
Leitwerk. Büro für Kommunikation
Gladbacher Straße 40, 50672 Köln

Druck:
Sattler Media GmbH
Kurt-Sattler-Straße 9, 38315 Hornburg

Vertrieb:
IBRo Versandservice GmbH
Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise:
zweimal jährlich, kostenloses Abo: magazin@bpb.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
30.10.2026

Der Umwelt zuliebe drucken wir dieses Magazin auf dem Recyclingpapier Recysatin (Umschlag) und Charisma silk (Inhalt). 100 % Altpapier.

Gastbeiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder – sie sind aus der Perspektive der Verfasserin/des Verfassers geschrieben. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger wie CD-ROM, DVD-ROM etc. nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung der bpb. Für unverlangte Einsendungen keine Gewähr. Irrtümer und Druckfehler vorbehalten.

Titelbild:
Séverine Assous c/o kombinatrotweiss.de
Instagram: @severineassous
@kombinatrotweiss_illustration

Bildnachweis:
S. 12–14: Privat; S. 28–33: Rafael Herlich (01, 02, 04, 06, 07, 08, 10), Nicolai Froundjian (03), Manuel Herz Architekten (05), picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild/Hendrik Schmidt (09); S. 34: Pexels; S. 36–37: Andi Edwards

Illustrationen:
S. 16–20: JoDDiD | Zeichnung: graphicrecording.cool (Johanna Benz); S. 26–27 Jule Richter; alle übrigen Illustrationen wurden erstellt von Leitwerk. Büro für Kommunikation

Jeden Morgen verlässliche Infos



»Deine tägliche Dosis Politik« – der Wissenspush per Messenger

Jeden Morgen gibt es Hintergrundinfos zu einem Thema aus Politik, Gesellschaft oder Geschichte – gründlich recherchiert, kompakt und verständlich.

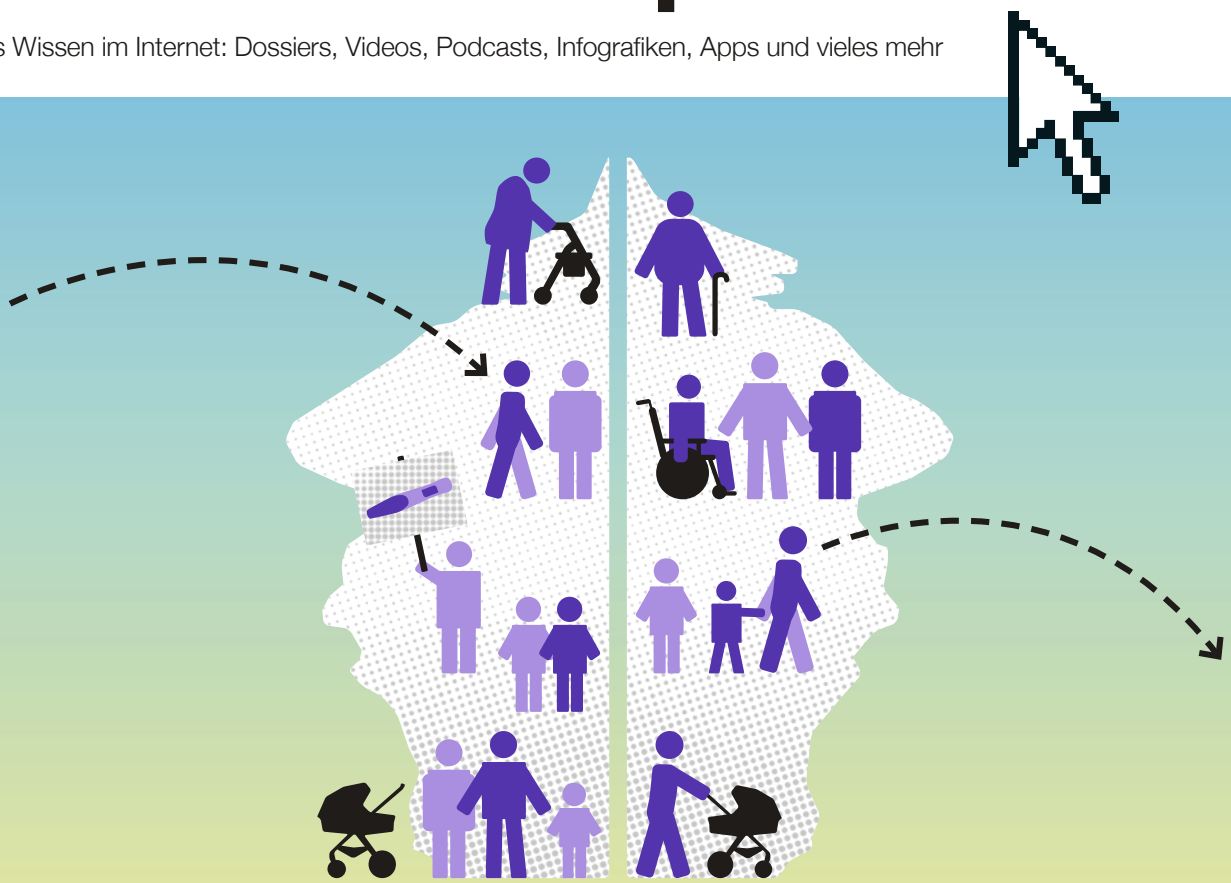
Mehr Infos:
bpb.de/dtdp

Jetzt anmelden

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

weiterlesen: bpb.de

Politisches Wissen im Internet: Dossiers, Videos, Podcasts, Infografiken, Apps und vieles mehr



Daten und Debatten zu
Geburten, Lebenserwartung und Migration

bpb.de/demografischer-wandel

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung